



Personal intensiv

Bericht des 1. Vorsitzenden in Rothenburg

Liebe Schwestern und Brüder, nach der jüngsten Internet-Umfrage »Perspektive Deutschland 2002«, die am 23. April der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, genießen die beiden großen Kirchen kein hohes Vertrauen mehr in Deutschland. An der von McKinsey, T-Online, dem ZDF und dem Stern initiierten Umfrage beteiligten sich nach deren Angaben 356.000 Personen. Nur 11 Prozent der Befragten hätten hohes Vertrauen zur katholischen Kirche, 17 Prozent zur evangelischen Kirche, 12 Prozent bestätigen der katholischen Kirche eine gute Aufgabenerfüllung, 18 Prozent der evangelischen.

Diese Ergebnisse entsprechen in großen Zügen der alle zwei Jahre durchgeführten allgemeinen Bevölkerungsumfrage der sozialwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen (Allbus), an der auch die EKD beteiligt ist.

Diese Umfrage gibt aber einen differenzierteren Einblick in das Vertrauen zur Institution Kirche. Bei dieser Umfrage wird nämlich deutlich, dass es problematisch ist, einen gesamtdeutschen Durchschnitt herzustellen, denn die Unterschiede in Ost und West sind erheblich. Drei Viertel der Bevölkerung im Osten gehört keiner Kirche an - damit ist Ostdeutschland neben Tschechien das am meisten säkularisierte Gebiet in Europa, man sagt sogar in der Wekt. Die Allbus - Untersuchung macht entgegen der Bewertung der Internet-Untersuchung aber deutlich, dass es in den letzten sechs Jahren in den alten Bundesländern keinen Vertrauensverlust gegeben hat; eher das Gegenteil ist der Fall. Wir wissen auch nicht, ob das Vertrauen in die Kirche zu früheren Zeiten grö-

ßer war. Darüber gibt es keine Erhebungen.

Alle Reden über einen dramatischen Vertrauensverlust sind also unbegründet. Dennoch ist das Vertrauen in die Kirche nicht gerade groß und wir müssen uns fragen, welche vertrauensbildenden Maßnahmen wir ergreifen sollten und könnten.

Auffällig ist die unterschiedliche Bewertung von Institution und Person. Deshalb stelle ich das hier auch etwas ausführlicher dar. In der alle zwei Jahre durchgeführten Umfrage des Demoskopischen Instituts Allensbach nach dem Berufsprestige liegen seit Jahren die Pfarrerinnen und Pfarrer nach den Ärzten an zweiter Stelle. Die Ärzte führen wohl mit großem Abstand (72 %) vor den Pfarrerinnen und Pfarrern. Diese konnten aber seit der letzten Umfrage (38 %) ihre Stellung mit 39 % leicht verbessern.

Die besondere Stellung der Pfarrerinnen und Pfarrer bestätigt auch die letzte EKD - Untersuchung über Kirchenmitgliedschaft, in der es heißt: »Er/sie genießt sowohl als Repräsentant/in der religiösen Dimension des Lebens als auch als Schlüsselfigur für den Kontakt zur Gemeinde hohes Ansehen und große Aufmerksamkeit« (»Fremde Heimat Kirche«, S. 187).

Auch wenn es der Landeskirchenrat und die Landessynode bisher nicht geschafft haben, Prioritäten und Posterioritäten in der kirchlichen Arbeit konkret zu benennen oder wenigstens Ansätze für eine Umsetzung zu zeigen, so kennen die kirchenverbundenen Menschen in unserem Land und wahrscheinlich auch viele Kirchenferne schon seit Jahren

Inhalt

■ Artikel

Klaus Weber, Personal intensiv	85
Dr. Dorothea Greiner, Grußwort	90
Martin Ost, Die Botschaft der Lilien	91
Martin Ost, Liebe Leserin, lieber Leser	102
PfarrerInnenverein, Wahl zum Hauptvorstand	91
Hermann Ruttmann, Arsen und Nadelstreifen	92
Waldemar Pisarski, »Wie kann ein Bäumchen blühen....«	97

■ Aussprache

Johannes Taig, Überüberparochie	98
Martin A. Bartholomäus, Die Stille wird uns fehlen	99
Axel Melcher, Rabenmutter Kirche	99
Dr. W. Ritter, Dr. R. Hofmann, Alles in Fluß	100
Fr. v. Czettritz und Neuhaus, Es spricht der Blechdepp	101
Gerhard Wagner, Wenn er doch nicht so römisch wäre!	101
Wolfgang Ludwig, Pfarrer auf dem Aldi-Dienstfahrad	102

■ Ankündigungen

102

eine eindeutige Priorität, die man endlich auch in der Kirchenleitung zur Kenntnis nehmen sollte: Die Pfarrerinnen und Pfarrer repräsentieren vor allem die Kirche. Von den Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Gruppen in unserer Kirche, die in letzter Zeit wieder verstärkt über die »Pfarrerskirche« klagen, ist hingegen in keiner Umfrage die Rede.

Kosten einsparen - aber wie?

Die Kirchensteuern brechen ein. Wir müssen das besorgt zur Kenntnis nehmen. Das hängt zum großen Teil mit der wirtschaftlichen Situation unseres Landes zusammen. Die beschlossenen Steuerreformen und die demografische Entwicklung werden weitere Einbrüche bringen. Wir müssen uns aufs Sparen einstellen. Unser Herr Landesbischof hat das gestern noch einmal eindrücklich verdeutlicht.

Ich bin aber misstrauisch, wenn man schon heute konkrete Zahlen zu kennen meint. 100 Millionen Euro als nötige Einsparungssumme zu benennen, ist mutig, aber mir fehlt immer noch der Glaube, dass dies wirklich nötig ist. Eine so gewaltige Summe kann mehr erschrecken als anspornen. Wir sollten uns realistische Ziele setzen und Schritt für Schritt auf einem konsequenten, aber überlegten Weg des Einsparens gehen.

(Ich füge in Klammern als Information dazu: Es wird im Zusammenhang mit dem Rückgang der Kirchensteuer sehr stark auf die demografische Entwicklung verwiesen. Wir Deutschen werden älter und der Nachwuchs bleibt aus. Das wirkt sich natürlich auch auf die Kirchensteuer aus, weil RentnerInnen und RuheständlerInnen keine Kirchensteuer mehr zu zahlen haben. Gerne übersehen wird, dass die Mitgliederzahlen in Bayern bis 2001 kontinuierlich gewachsen sind. Von 1996 bis 2000 stieg die Zahl der evangelischen Bevölkerung in Bayern um 155.000. Das wurde wohl ab 2001 abgebremst. Aber das muss so nicht bleiben. Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass bisher nur alte Menschen nach Bayern verzogen sind. Viele sind nach Bayern gekommen, weil sie hier eine Arbeit gefunden haben. Ich hoffe, dass dies auch in Zukunft wieder so werden wird.)

Das Verdienst der Lenkungsgruppe, die bei der Synodaltagung in Kempten eingesetzt wurde und nun bei der Landesynode in Würzburg ihre Ergebnisse vorgestellt hat, ist, dass endlich Bewegung in die Suche nach Einsparungs-

möglichkeiten gekommen ist.

Die Art und Weise, wie gearbeitet und wie die Ergebnisse vorgestellt wurden, lässt mich - und viele andere auch - nur verwundert den Kopf schütteln.

Da wurde im Vorfeld mit keinem und keiner der von der Streichung oder Kürzung von Arbeitsfeldern oder Einrichtungen Betroffenen gesprochen. Da wurden keine Informationen aus den Fachabteilungen des Landeskirchenamtes eingeholt. Man nahm sich nur den Haushaltsplan her und fing munter an zu streichen. Die Folgen werden uns nun Tag für Tag in der Presse vorgeführt: Ein Vorschlag nach dem anderen muss korrigiert oder zurückgenommen werden, weil die Annahmen nicht stimmen. »Mehr Sorgfalt« mahnt deshalb auch zu Recht ein Kommentar von Manfred Blendinger in der Fränkischen Landeszeitung vom 16.4. an.

Wie geht man hier mit kirchlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern um, die aus der Presse erfahren, dass ihr Arbeitsplatz gestrichen werden soll? Das Betriebsklima in unserer Kirche ist seit dieser Tagung der Landessynode empfindlich gestört. Ob man im weiteren Verfahren etwas sensibler mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in unserer Kirche umgeht, wird sich zeigen.

»Kirche vor Ort« sei nach Aussage des Vorsitzenden des Lenkungsausschusses, Vizepräsident Götz, das Kriterium der Schwerpunktsetzung gewesen. »Glaube und seine Weitergabe, Gottesdienst, Spiritualität, Seelsorge und diakonisches Handeln« würden künftig Priorität haben. Aber wie steht es etwa mit dem gesellschaftlichen Auftrag und dem Bildungsauftrag der Kirche? Kann der allein von der Kirchengemeinde aus geleistet werden? Was heißt überhaupt »Kirche vor Ort«? Ist das ausschließlich die Kirchengemeinde oder auch der Ort, wo Menschen arbeiten oder sich in ihrer Freizeit treffen? Wie sollen in Zukunft parochiale und überparochiale Dienste aufeinander bezogen sein?

Ich sehe viele ungelöste Fragen, die erst beantwortet werden müssten, bevor konkret gekürzt werden kann.

Ich halte deshalb den beschlossenen Zeitrahmen für die Überprüfung der Vorschläge durch den Landeskirchenrat und für konkrete Beschlüsse bis Anfang Juli bzw. Mitte Juli für viel zu kurz bemessen. Weitere Fehler sollten wir uns nicht mehr leisten.

Es sollte dabei auch nicht vergessen werden, was der damalige Kirchenrat und heutige Dekan Peetz im Bericht von

der Prioritäten- und Posterioritätenkommission (PriPoKo) bei der Landesynode in Memmingen, April 1998, anmahnte: »Wir brauchen für eine Beurteilung unserer Arbeitsbereiche, unserer Tätigkeiten und Leistungen und damit für eine Schwerpunktsetzung in Zukunft schlichtweg mehr Wissen. Wir brauchen mehr Wissen, von wem die verschiedenen Angebote und Tätigkeiten genutzt werden, wen sie erreichen, wie sie bewertet werden, was sie bewirken, soweit man das menschlich sagen kann. Wir brauchen Forschung und Untersuchungen, damit unsere Urteile und Bewertungen auf sicherem Grund stehen, damit wir besser argumentieren können.«

Diese Arbeit ist noch nicht hinreichend geschehen. Verwertbare Ergebnisse liegen nach meinem Kenntnisstand noch nicht vor. Diese Arbeit muss vorrangig vor weiteren Beschlüssen geleistet werden. Zeitdruck ist ein schlechter Ratgeber, wenn es um kluge Entscheidungen für die Zukunft geht.

Der biblische Bezug, der sowohl im »Wort der kirchenleitenden Organe an die Gemeinden, Einrichtungen und Dienste und an alle Mitarbeitenden« als auch bei der Vorstellung der Ergebnisse der Lenkungsgruppe hergestellt wurde, macht mir Beschwer. »Dienet einander, ein jeder mit der Gabe, die er empfangen hat als die guten Haushalter der mancherlei Gnade Gottes.« (1. Petrus 4,10). So beginnt und schließt das Wort der kirchenleitenden Organe. Doch es geht darin nicht um die verschiedenen Dienste in unserer Kirche, sondern - wie es der Landesbischof bei der Pressekonferenz in Würzburg auf einen Nenner gebracht hat - um den Abbau von ca. 1.200 Stellen. Verstehe ich das richtig? Einer oder eine verliert den Arbeitsplatz und darf jetzt mit seinen, mit ihren Gaben »dienen«, ehrenamtlich, versteht sich, weil der bezahlte Arbeitsplatz dann nicht mehr vorhanden ist? Es ist ein Affront gegenüber allen, die um ihren Arbeitsplatz in der Kirche fürchten, dies mit der paulinischen Aufforderung des Dienens zu begründen und zu rechtfertigen. Und mit der guten Haushalterschaft, wie sie Paulus versteht, hat das erst recht nichts zu tun.

Mit Bibelworten aber nicht genug. Bei der Vorstellung der Ergebnisse vor der Synode wird die Methode, die den Lenkungsausschuss geleitet hat, mit einem weiteren Pauluswort beschrieben: »Prüfet aber alles und das Gute behaltet.« (1. Thess. 5,21).

Im 1. Thessalonicherbrief steht dieses Wort in einem Zusammenhang, der nicht unbeachtet bleiben sollte. Es geht Paulus um die richtige Beurteilung von prophetischer Rede, wie Vers 20 zeigt. Sollen die Streichvorschläge der Lenkungsgruppe etwa mit »prophetischer Rede« verglichen werden?

Man kann vieles in unserer Kirche noch einsparen, das ist wahr! Aber wir sollten uns hüten, dies in eine »billige« Theologie zu verpacken.

Inzwischen hat der Landesbischof bei einer Pressekonferenz am 12. Mai die Ergebnisse der Klausurtagung des Landeskirchenrates vorgestellt; er hat das gestern in seinem Grußwort auch ausgeführt. Das angestrebte Einsparungsvolumen im Ansatz zum Haushalt 2002 wurde nach seinen Worten vom Landeskirchenrat auf 90 Millionen Euro festgelegt. »Im Personalbereich erfolgt«, so führte er weiter aus, »im Grundsatz eine gleichmäßige Gewichtung zwischen allen Berufsgruppen, das heißt, alle Berufsgruppen sind bei den Reduzierungen mit eingeschlossen, keine Berufsgruppe wird grundsätzlich überdurchschnittlich von der Reduzierung verschont. Der Kürzungsbeitrag für alle Berufsgruppen liegt bei 15,51 Prozent. Die Gewichtung zwischen parochialen und überparochialen Diensten ... soll ebenfalls beibehalten werden. In allen Bereichen der kirchlichen Arbeit muss eine Konzentration auf die zentralen Herausforderungen und die Kernkompetenzen erfolgen.« In Klammern: Welche sind denn die?

Das Sparkonzept des Landeskirchenrates sieht rund 25 Millionen Euro im

Personalbereich der Pfarrerschaft vor, den gleichen Betrag im parochialen Bereich in Stufen bis 2006 (Sach-, Personal- und Investitionskosten) und weitere 25 Millionen bei mehr als 200 Einzelpositionen. Über den noch fehlenden Betrag von 15 Millionen Euro müsse, so hieß es, noch beraten werden.

Um die Einsparungssumme im pastoralen Bereich zu erreichen, geht man mit der Personalbestandsprognose davon aus, dass es bis 2012 insgesamt zu einem Rückgang von 282 Dienstverhältnissen kommt. Da das Einsparungsziel in diesem Bereich nicht bis zum Jahr 2006 auf diese Weise zu schaffen sei, müssten noch weitere Maßnahmen überlegt werden. Wir werden abwarten müssen, was bei diesen Überlegungen herauskommen wird. An die Durchsetzung von Prioritäten hat man sich jedenfalls nicht gewagt. Das gibt mir zu denken. Wer kann jetzt noch mit einem guten Gewissen für Nachwuchs werben?

Der Hauptvorstand hat in seiner letzten Sitzung einen Ausschuss »Effizientes Wirtschaften« eingesetzt, um selbst über Vorschläge zur künftigen Finanzierung unserer kirchlichen Arbeit nachzudenken. Es wird uns dabei – wie es schon der Name des Ausschusses zum Ausdruck bringt – nicht nur um Kürzungen und Streichungen gehen, sondern auch um einen effizienteren Umgang mit vorhandenen Ressourcen – und die sind tatsächlich noch in unserer Kirche vorhanden – und um das Erschließen neuer Einnahmequellen und Finanzierungsmöglichkeiten. Nähere Ausführungen will und kann ich dazu noch nicht ma-

chen, weil ich unsere Beratungen noch abwarten muss.

Bei der Pressekonferenz am Montag letzter Woche wurde darauf hingewiesen, dass die zehn Handlungsfeldkonferenzen und die Konferenzen der Dekane und Dekaninnen in den sechs Kirchenkreisen in den nächsten Wochen Gelegenheit zur Stellungnahme erhalten. Ich hoffe, dass dies auch für die gesetzlich verankerten und anhöpfungspflichtigen Gremien, wie etwa die Pfarrerkommission, gilt. (Der Landesbischof hat dies in seinem Grußwort gestern zugesagt, die entsprechenden Gespräche sind angelaufen). Wir müssen uns die Zeit für solche Gespräche nehmen und wir müssen versuchen, einvernehmliche Lösungen zu finden. Eine Verordnung von oben wird dem Klima und der Arbeit in unserer Kirche nicht dienen.

Ist ein solidarischer Beitrag der Pfarrerinnen und Pfarrer erneut gefragt?

In den letzten Tagen erhielt ich eine Reihe von Vorschlägen, wie wir als Pfarrerschaft unseren Beitrag zur Stabilisierung der kirchlichen Finanzen leisten könnten. Da ging es um den Verzicht auf das 13. Monatsgehalt und das Urlaubsgeld. Da wurde auch gefragt, ob wir nicht wieder einen freiwilligen Beitrag zur Sicherung der Anstellung von jungen Vikarinnen und Vikaren leisten sollten. Wir haben in der letzten Hauptvorstandssitzung auch über diese Fragen diskutiert.

Zu solidarischen Beiträgen waren wir schon in der Vergangenheit, z. B. durch die Aktion »Pfarrer helfen Pfarrern«, bereit. Wir brauchen uns deshalb in dieser Sache nicht zu verstecken. Es gibt aber momentan noch zu viele »Unbekannte«, die uns von zu schnellen Beschlüssen abhalten:

- Wie sieht es mit der Übernahme des Tarifabschlusses des öffentlichen Dienstes aus? Fest steht schon jetzt, dass die Übernahme nur mit einer Verzögerung von mehreren Monaten geschehen wird.
- Was geschieht mit dem 13. Monatsgehalt? Wird es auf dem Niveau des letzten Jahres (schon bisher auf den Stand von 1993 eingefroren) ausbezahlt oder doch gekürzt werden? Die Überlegungen in den einzelnen Ländern sind noch nicht abgeschlossen.
- Wird in Zukunft das Urlaubsgeld noch gezahlt? Auch dies wird in den Ländern diskutiert.

Ich füge zur Information an dieser Stel-

Acredo

le ein: Ein Verzicht auf das Urlaubsgeld würde 890.000 Euro pro Jahr Einsparung bringen. Ein Verzicht auf die tarifliche Erhöhung der Besoldung würde 2,6 Millionen Euro an Einsparpotential bedeuten.

Solange jedoch noch gar nicht feststeht, was im staatlichen Bereich geschieht, der die Vorgabe auch für die Gehälter in der Kirche macht, ist es verfrüht, über Gehaltsverzichte und Gehaltskürzungen nachzudenken. Die Landessynode hat mit dem sog. Notlagengesetz 2001 bewusst die Latte für mögliche Gehaltskürzungen sehr hoch gelegt. Wir sollten deshalb die sicher gut gemeinten Vorschläge zu Gehaltskürzungen zunächst etwas zurückstellen und über kreativere Möglichkeiten nachdenken. Wenn tatsächlich Pfarrstellen in den nächsten Jahren in dem vorgesehenen Umfang abgebaut werden müssen und Dauervertretungen als zusätzliche Belastungen auf die verbleibenden Kolleginnen und Kollegen bei eventuell noch sinkenden Einkommen zukommen werden, wird es müßig sein, zu weiteren solidarischen Leistungen aufzurufen und sie auch wirklich zu erwarten. Zunächst heißt das für uns: Erst einmal abwarten, was die nächsten Wochen und Monate bringen! Dann können wir vielleicht gezielter unsere Entscheidungen treffen.

Keine Pfarrerinnen und Pfarrern z. A. mehr in die Gemeinden?

Schwierige Situationen verlangen unkonventionelle Lösungen. Insofern sind wir einerseits zufrieden, dass allen Vikarinnen und Vikaren im Herbst die Übernahme in den Probedienst generell zugesagt wird. Es gibt also keinen Einstellungsstopp und keine Warteliste. Aber wir können – wie viele Kolleginnen und Kollegen und Mitglieder in Kirchenvorständen auch – nicht verstehen, dass ein Einsatz in den Gemeinden fast völlig ausgespart werden soll. Viele Kirchengemeinden warten dringend auf die Besetzung einer offenen Stelle und ein Ende der Vertretung. Nun haben die Dekanate durch ein Rundschreiben von OKRin Dr. Greiner und die betroffenen Vikarinnen und Vikare durch ihre Predigerseminare erfahren, dass ein Einsatz »grundsätzlich nur auf fremdfinanzierten und teilfremdfinanzierten Stellen und in Spezialvikariaten« möglich ist. Das heißt konkret:

- Einsatz im Religionsunterricht oder bei selbständigen Rechtsträgern,

- Einsatz auf nicht besetzbaren Religionspädagogen-Stellen,
- Einsatz in Spezialvikariaten,
- Einsatz auf Kombinationspfarrstellen (0,5 Gemeinde/ 0,5 Religionsunterricht).

Zunächst ist zu fragen, wieviele der junge Vikarinnen und Vikare für einen abschließlichen Einsatz im Religionsunterricht überhaupt geeignet sind. Ist es wirklich auch sinnvoll, dass jemand den Probedienst nur in einem Spezialbereich der Kirche ableistet und sich nicht in der ganzen Breite der Arbeit einübt und erprobt? Werden diese Kolleginnen und Kollegen nach ihrer z. A. – Zeit wieder in den Gemeindedienst zurückkehren wollen?

Völlig unklar ist für mich auch, wie die rechtliche Ausgestaltung dieser Einsätze aussehen wird. Ich hoffe nicht, dass wir im Pfarrerausschuss dann mehr, als uns lieb ist, mit der Lösung von Problemen zu tun bekommen.

Ich will an dieser Stelle noch einmal aus dem Bericht der PriPoKo vom April 1998 zitieren: »Kirchliche Arbeit geschieht hauptsächlich durch direkten Einsatz von Mitarbeitenden, ist deshalb sehr personalintensiv. Eine grundlegende Priorität liegt deshalb beim menschlichen Einsatz.«

Der Personalbereich darf nicht von heute auf morgen im gleichen Umfang budgetiert werden wie andere Bereiche. Da es um Menschen geht, die Vertrauen zur »Arbeitgeberin Kirche« haben und behalten sollen, geht das nur auf einen längeren Zeitraum hin.

Vielleicht ist es aber auch wirklich Zeit, ernsthaft über alternative Finanzierungsmöglichkeiten nachzudenken, wie wir es etwa im Zusammenhang mit der Anstellung über »Pfarrer helfen Pfarrern« schon erprobt haben. Wir müssten dabei nicht alles neu erfinden. Vielleicht ist die Zeit auch reif für die Einführung eines Stellenbeitrags für Gemeinden, wie es ihn in der mecklenburgischen Kirche schon lange gibt.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter jedenfalls sind neben dem Evangelium das wichtigste Potential in unserer Kirche. Wir sollten sorgsam damit umgehen und an Kreativität nicht sparen, wenn es um die Erhaltung von Arbeitsplätzen geht.

Umsetzung des Landesstellenplans

Der Pfarrer- und Pfarrerinnenverein und die Pfarrerkommission begrüßen grundsätzlich das Ziel der Landesstellen-

planung, eine möglichst gerechte Verteilung der Stellen in unserer Landeskirche zu erreichen, »um den Auftrag der Kirche zu erfüllen und auf Herausforderungen der Zeit zu reagieren.« Pfarrerinnen und Pfarrer in starken Wachstumsregionen müssen möglichst schnell durch Stellenerrichtungen entlastet werden.

Bei den Beratungen in der Landessynode wurden nach unserer Überzeugung die finanziellen Folgen der Umsetzung nicht genügend bedacht. Es kann nicht sein, dass die Kosten jetzt vernachlässigt und später den Personalkosten zugeschlagen werden.

Wir haben auch vorgeschlagen, einen kleinen Ausschuss einzusetzen, der – sowohl für Gemeinden und Dekanatsbezirke als auch für betroffene Pfarrerinnen und Pfarrer – verträgliche Wege der praktischen Umsetzung der Landesstellenplanung erarbeitet.

Es reicht nach unserer Überzeugung nicht aus, auf die gesetzlichen Möglichkeiten der Versetzung (§ 83 und 84 PFG) zu verweisen oder den Dekanatsausschüssen die undankbare Aufgabe zu überlassen, Stellenreduzierungen in ihrem Bereich zu organisieren. Die Umsetzung erfordert viel Fingerspitzengefühl, vor allem auch viel Überzeugungskraft der Verantwortlichen durch das Aufzeigen von praktikablen Lösungen und weiterführenden Perspektiven.

Wir halten dabei den Vorschlag für ungeeignet, Pfarrerinnen und Pfarrer auf »Reduktionsstellen« vorrangig auf die neu zu errichtenden Pfarrerinnen- und Pfarrer- z.A. – Stellen zu versetzen. Wie müssen sich Pfarrerinnen und Pfarrer, die ihren Dienst über viele Jahre engagiert ausgeführt haben, fühlen, wenn sie nun z. A.-Stellen zur Verwaltung auf begrenzte Zeit erhalten sollen? Die Pfarrerinnen und Pfarrer z. A., für die diese Stellen errichtet werden, müssen dafür in dieser Zeit – wie wir gehört haben – in den Schuldienst.

Wir müssen an dieser Stelle noch ernsthaft nachdenken, wie die Umsetzung der Landesstellenplanung in einer Weise vollzogen werden kann, die keine unnötigen Verärgerungen schafft und keine Verletzungen hinterlässt.

Personalführung in der Kirche

Ich hätte an dieser Stelle gerne ausführlich über die Überlegungen zur künftigen Form der Beurteilung gesprochen. Die Beratungen sind aber noch nicht abgeschlossen. Deshalb mache ich nur einige grundsätzliche Bemerkun-

gen:

Personalführung – so sind wir uns einig – soll eine Kultur der Wertschätzung und der Kommunikation fördern. In diese Linie fügen sich die Jahresgespräche ein, wenn sie versuchen, die Arbeit der Einzelnen wahrzunehmen und zu würdigen, Potentiale zu erkennen und zu fördern und Perspektiven für die Zukunft aufzuzeigen.

Wir meinen, dass in diesem Zusammenhang die bisherige Beurteilung ein Fremdkörper ist. Wir sollten sie auch für die Zukunft zur Seite legen. Sie ist ein Relikt eines hierarchischen und kirchenaufsichtlichen Denkens, das mit den neuen Methoden der Personalführung nicht mehr zusammenpasst. Eine Neufassung der Beurteilung gefährdet auch die weitere Akzeptanz der Jahresgespräche, die inzwischen gut angenommen werden.

Wir brauchen in Zukunft einen besser geeigneten Weg, dass Person und Stelle zueinander finden und zueinander passen. Die Beurteilung hat in diesem Zusammenhang bisher nur selten bis überhaupt keine Rolle gespielt. Im Zuge der anstehenden Neufassung der Pfarrstellenbesetzungsordnung muss deshalb überlegt werden, ob nicht bei einer Bewerbung ein aktuell zu erstellendes Dienstzeugnis, das auf das Profil der angestrebten Stelle bezogen ist, ein geeigneteres Instrument sein könnte. An Stelle einer Beurteilung brauchen wir eine berufsbiografische Begleitung.

Wir benötigen dringender als eine neue Form der Beurteilung wieder eine Neubelebung der Visitation, die momentan nur noch ein Schattendasein führt. Anders als bei der Beurteilung oder dem Jahresgespräch steht nicht der oder die einzelne Hauptamtliche im Mittelpunkt, sondern es kommen alle Lebensäußerungen einer Gemeinde dabei in den Blick. Freilich wird dabei auch die Rolle, die der Pfarrer oder die Pfarrerin darin spielt, deutlich. »Fernab von allem obrigkeitlichen Muff« hin zu einer »geschwisterlichen Begleitung«, so wird das Ziel eines Pilotprojekts im Kirchenkreis Bayreuth zu einer Neubelebung der Visitation beschrieben. Wir sollten dieses Pilotprojekt auch auf andere Regionen ausweiten und die Erfahrungen in eine neue Visitationsordnung aufnehmen.

Einführung einer Vertrauensperson für schwerbehinderte Pfarrerrinnen und Pfarrer

Am 26. Januar dieses Jahres wurde bei einer Veranstaltung in Athen das Europäische Jahr der Menschen mit Behinderungen eröffnet. Das Ziel dieses Europäischen Jahres besteht darin, die Einsicht zu verbreiten, dass Menschen mit Behinderungen – in der Europäischen Union leben übrigens schätzungsweise 37 Millionen Menschen mit Behinderungen – ein Recht auf uneingeschränkte Teilnahme am Leben der Gesellschaft haben und gemeinsam und gleichberechtigt mit nicht behinderten Menschen leben und arbeiten können. Es steht uns im Jahr der Behinderten gut an, dass wir in unserer Kirche die Gruppe von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Blick nehmen, die bisher selten bedacht wurde. Es sind dies die Pfarrerrinnen und Pfarrer, die Diakoninnen und Diakone und Kirchenbeamtinnen und -beamte mit einer Schwerbehinderung.

Auf unsere Initiative hin haben wir in den vergangenen Monaten intensiv über die Einführung einer Vertrauensperson für schwerbehinderte Pfarrerrinnen und Pfarrer nachgedacht. Dabei ist uns aufgefallen, dass es keine Angaben über die Zahl der schwerbehinderten Kolleginnen und Kollegen gibt. Das hat uns allen zu denken gegeben. Gibt es überhaupt keine schwerbehinderten Kolleginnen und Kollegen in unserer Kirche – was sehr unwahrscheinlich sein dürfte – oder scheuen sie sich nur, sich zu outen, weil sie etwa fürchten, dann in den vorzeitigen Ruhestand weggelobt zu werden? Wie sind die momentanen Arbeitsbedingungen und was wird ihnen zur Hilfestellung für eine ordentliche Aufgabenerfüllung zur Verfügung gestellt?

Das neue Sozialgesetzbuch IX sichert im öffentlichen Bereich den Schwerbehinderten erhebliche Rechte und Hilfen zu. Die Kirchen sind an dieses Gesetz nicht gebunden, sondern können im Rahmen ihres Selbstbestimmungsrechts eigene Regelungen schaffen.

Die Landessynode hat mit der Ergänzung des Pfarrervertretungsgesetzes einen Anfang gemacht, die schwerbehinderten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stärker in den Blick zu nehmen.

Die Vertrauensperson wird dem Pfarrerausschuss und der Pfarrerkommission zugeordnet werden und damit Ansprechpartner/in für die einzelnen Anliegen der schwerbehinderten Pfarrerrinnen und Pfarrer sein, aber auch die Interessen dieser Personengruppe gegenüber der Kirchenleitung einbringen.

Er bzw. sie kann dabei auf die Erfahrung der weiteren Mitglieder der Pfarrervertretung zurückgreifen, weil er bzw. sie in die entsprechenden Gremien eingebunden wird.

Unser Wunsch ist, dass sich ein schwerbehinderter Kollege oder eine Kollegin findet, um dieses Amt in Zukunft auszuüben. Dazu ist es aber erst einmal nötig, Kontakte aufzubauen und Aufgeschlossenheit zu signalisieren.

Ich bitte die schwerbehinderten Kolleginnen und Kollegen, die nötigen Verbindungen mit uns aufbauen zu helfen.

Dienstrechtsneugestaltungsgesetz ist weiter zu verbessern!

Kurz will ich noch drei Probleme ansprechen, die Regelungen des Dienstrechtsneugestaltungsgesetzes (DNG) betreffen und mir im Rahmen vieler Einzelgespräche mit Betroffenen deutlich geworden sind:

a) Berufung von beurlaubten Pfarrerrinnen und Pfarrern z. A. in das Pfarrerdienstverhältnis auf Lebenszeit

Während es früher unkonventionell möglich war, einer zu einem anderen Träger beurlaubten Pfarrerrin oder einem Pfarrer z.A. mit Bewerbungsfähigkeit in ein Pfarrerdienstverhältnis auf Lebenszeit zu übernehmen, wird dies jetzt mit Berufung auf § 23 PfG generell verweigert.

Wir erleben dabei die paradoxe Situation, dass sich Pfarrerrinnen und Pfarrer z. A. einerseits im Interesse der Landeskirche z.B. in den Schuldienst beurlauben lassen, andererseits aber – eventuell bis zur Pensionierung – den Titel »Pfarrerrin bzw. Pfarrer z. A.« behalten. Dies ist Außenstehenden nicht zu vermitteln und ist für die Betroffenen teilweise auch diskriminierend, weil man draußen vermutet, dass ihnen irgendein Makel anhaften muss.

Wir fordern Landeskirchenrat und Landessynode auf, dass noch in diesem Jahr eine Regelung geschaffen wird, die zur früheren bewährten Praxis der Übertragung eines Dienstverhältnisses auf Lebenszeit trotz der Beurlaubung zurückführt. Einen gangbaren Weg sehen wir in der Errichtung von – auf den speziellen Einsatz bezogenen – undotierten Pfarrstellen mit allgemeinkirchlichen Aufgaben, die bei der Beendigung der Beurlaubung wieder ent-

fallen. Damit sind keine Mehrkosten verbunden, für die Betroffenen ist aber Rechtssicherheit hergestellt.

- b) Dienstwohnungsanspruch bei einem Theologenehepaar im Teildienst mit zwei 0,5 – Stellen in unterschiedlichen Kirchengemeinden. Die momentanen Bestimmungen des Dienstrechtsneugestaltungsgesetzes haben noch nicht im Blick, dass es inzwischen vermehrt Theologenehepaare gibt, die sich nicht eine Pfarrstelle teilen, sondern in zwei unterschiedlichen Kirchengemeinden mit einer 0,5 – Stelle tätig sind.

Für diese Ehepaare besteht kein Anspruch auf Dienstwohnung, wenn bisher keine Dienstwohnung vorhanden war. Dies ist eine Benachteiligung gegenüber Theologenehepaaren auf einer Stelle, obwohl dieser Einsatz auf zwei unterschiedlichen Stellen durchaus im kirchlichen Interesse ist. Hier besteht ebenfalls dringender Regelungsbedarf.

- c) Fahrtkosten bei zwei halben Stellen in unterschiedlichen Gemeinden. Probleme gibt es auch, wenn einer Pfarrerin oder einem Pfarrer zwei 0,5-Stellen in unterschiedlichen Gemeinden übertragen sind, mit der Abrechnung der Fahrtkosten. Da in der momentanen Verwaltungspraxis ausschließlich der Wohnort als Dienstsitz angenommen wird, werden die Fahrtkosten zur zweiten Gemeinde nicht erstattet. Hier müssen dringend Regelungen geschaffen werden, die dieser besonderen Situation gerecht werden.

Dank und Ausblick

Zum Schluss möchte ich es nicht versäumen, allen Mitgliedern des Hauptvorstands für ihre engagierte Arbeit in den letzten sechs Jahren zu danken. Besonders möchte ich mich bei den Mitgliedern bedanken, die nicht mehr für eine neue Periode kandidieren und damit aus dem Vorstand ausscheiden. Es sind dies: Thomas Braun, Bernd Eisenhuth, Eberhard Hüttig, Dr. Bärbel Mayer-Schärtel und Rudi Zimmer. Sie haben ihre Ideen, ihre Kraft und Zeit – zum Teil über viele Jahre – in die Arbeit unseres Vereins eingebracht. Sie haben dabei nicht nur unseren Verein vorangebracht und ihm Anerkennung verschafft, sondern auch dem Wohl unserer ganzen Kirche gedient. In den Dank schließe ich auch meine langjährige Sekretärin, Linda Gehringer, ein, die über 16 Jahre in

der Geschäftsstelle gearbeitet hat und zum 1.4. in den Ruhestand getreten ist. Sie wird zusammen mit den ausscheidenden Vorstandsmitgliedern im Rahmen unserer nächsten zweitägigen Vorstandssitzung offiziell verabschiedet.

Wir werden uns als Verein auch in neuer Zusammensetzung wie bisher für die

Pfarrerinnen und Pfarrer unserer Kirche engagieren und mit unserem Rat und mit unserem Einsatz dabei mithelfen, dass unsere Kirche weiterhin ihren Auftrag erfüllen und in ihrem Dienst für die Menschen da sein kann.

*Klaus Weber,
1. Vorsitzender*

Grußwort der Personalreferentin

Bevor ich auf einzelne Punkte des Berichtes eingehe möchte ich etwas Grundsätzliches vorausschicken: Der Pfarrberuf ist ein zentraler, unverzichtbarer in unserer Kirche und ich bin dankbar für die Arbeit, die Sie auf Ihrer Stelle tun. Ich sehe meine Aufgabe darin, Sie zu unterstützen und zu fördern.

Ich danke auch für die Tendenz im Vortrag des Vorsitzenden: Wenn in der Gesellschaft das Vertrauen in die Kirche schwindet, dann geht es darum, dass wir als Pfarrerinnen und Pfarrer uns fragen, welche vertrauensbildenden Maßnahmen wir ergreifen können. Diese Tendenz, dass Pfarrer und Pfarrerinnen – nicht nur im Blick auf die Gesellschaft, sondern auch im Blick auf unsere finanzielle Krise – ihre Verantwortung für die Kirche wahrnehmen und gemeinsam suchen, wie wir die Situation sinnvoll bewältigen – diese Tendenz führt uns weiter.

Die Anregungen zum Dienstrechtsneugestaltungsgesetz sollten als Tagesordnungspunkte der kommenden Sitzung der Pfarrerkommission aufgenommen werden. Die gestellten Fragen müssen geklärt werden.

Zum Probediensteinsatz:

Es ist grundsätzlich unverzichtbar, dass PfarrerInnen in der Probedienstzeit in den Gemeindedienst kommen und ihn eingehend kennenlernen und darin leben. So achte ich auch z.B. beim Wirtschaftsvikariat auf Gemeindeanbindung; neu eingeführt wurde, dass auch bei Wirtschaftvikariaten ein Dienstauftrag in einer konkreten Gemeinde beschrieben wird. Es ist mir ein Anliegen, PfarrerInnen den Gemeindedienst lieb zu machen. Wir brauchen eine Breitbandqualifikation am Anfang der Berufslaufbahn.

Deswegen war mir die Entscheidung für den neuen Probediensteinsatz nicht leicht gefallen, die diesen Grundsätzen widerspricht. Es steht aber gegenwärtig tatsächlich in Frage, ob unsere Kir-

che es sich finanziell leisten kann, alle Geeigneten in den Probedienst zu übernehmen.

Allein diese Frage öffentlich zu stellen und zu diskutieren, wäre aber gefährlich, weil diese Diskussion den Nachwuchs irritieren würde. Die Jungen sollen spüren: Wir brauchen und wir wollen sie. Deswegen brauchen wir unkonventionelle Maßnahmen. Der gegenüber diesem Probediensteinsatz wesentlich schlechtere Schritt wäre ein Einstellungsstopp oder eine Warteliste gewesen. Deswegen stehe ich zu diesem Probediensteinsatz, weil er dem Nachwuchs signalisiert: Wir wollen und wir brauchen Euch!

Ich verstehe Gemeinden, die klagen, dass sie niemanden kriegen. »Gemeindevergessenheit« sollte man uns aber nicht unterstellen. Denn wenn wir dem Nachwuchs das Gefühl geben, sie würden nicht gebraucht, schaden wir den Gemeinden noch viel mehr. Wenn der Nachwuchs irritiert wird und sich umorientiert, wird dies den Gemeinden noch viel mehr schaden. Es ist gerade im Sinne der Gemeinden, dass wir an der Linie, alle zu übernehmen, festhalten.

Ich danke der Schulbeauftragtenkonferenz, die produktive Vorschläge gemacht hat, diesen Probediensteinsatz mit Maßnahmen abzufedern, damit die neuen KollegInnen in der Schule besonders begleitet werden. Im Übrigen: Wer bricht eine Lanze für die Schule und die vakanten Schulstellen, die teilweise jahrelang vakant sind? Das ist doch auch eine Aufgabe der Kirche! Ich bitte Sie, auch diesen Aspekt zu sehen! Die Vikare und Vikarinnen werden nicht irgendwohin abgeschoben, sondern eingesetzt, wo sie auch gebraucht werden! Der Probediensteinsatz ist schwierig, aber er ist verantwortet.

15,5- % Einsparung auch bei PfarrerInnen:

Manche stellen die Frage, warum wir bei den PfarrerInnen gleichermaßen kürzen wie bei anderen Berufsgruppen. Wenn wir bei Mesnern, Sekretärinnen, KirchenmusikerInnen kürzen, hat das auch Folgen für die PfarrerInnen – wir sind ein Gefüge von Berufsgruppen, die voneinander abhängen. Von daher sollten wir die Einsparungen gemeinsam tragen. Ein Problem wird es sein, die 45 Mio Deckungslücke zu finanzieren, die über 6 Jahre, von 2006 – 2012 dadurch entsteht, dass wir den Personalabbau der Pfarrer und Pfarrerinnen so stark strecken. Dafür habe ich noch keine Lösung. Freiwillige Solidarmaßnahmen wären mir am liebsten, sie wären besser als Gehaltsverzicht.

Wie soll die Landesstellenplanung weiter gültig sein, wenn 282 Stellen, bzw. volle dotierte Dienstverhältnisse abgebaut werden müssen? Wir hatten im Jahr 2002 ca. 100 Dienstverhältnisse mehr als Stellen - die müssen wir jetzt erst einmal abbauen; sie sind in der Zahl 282 inbegriffen. Der Horizont des kommenden Personalabbaus war schon da, als wir die Planung in die Synode eingebracht haben.

Die Landesstellenplanung ist nicht Makulatur. Es ist notwendig im Bereich der Parochie Planungssicherheit in den kommenden Jahren zu haben. Wir haben so viele fließende Bereiche in unserer Kirche, sodass diese Planungssicherheit wichtig ist. Wir brauchen auch zunächst noch die in der Landesstellenplanung festgesetzten Stellenkontingente. Wir haben nicht nur zuviel dotierte Dienstverhältnisse. Wir haben auch immer noch 27 Stellen aus Bad Reichenhall mit kw-Vermerk, haben freie Träger, die sich den Pfarrer nicht mehr leisten können und manche üpd – Stellen werden nicht mehr besetzt werden. Die Pfarrer und Pfarrerinnen, die aus diesen Bereichen kommen müssen wir sinnvoll einsetzen können und dazu brauchen wir eine ausreichende Zahl genehmigter Stellen, so dass die Personaleinsätze auf dotierten Stellen sind und nirgendwo sonst.

*Dr. Dorothea Greiner,
Oberkirchenrätin, München*

Die Botschaft der Lilien

Die Lilien standen neben dem Vorsitzenden, als er die Tagung eröffnete. Sie standen dort, als er die Abschiedsworte sprach. Ob auch sie gesprochen haben, besser: Ob wir fähig waren, ihre Sprache zu verstehen? Sie paßten - den Blumenständer aus Eisen mußte man nicht sehen - (auch in Rothenburg gibt es Möbelmärkte mit all dem, was man nicht braucht und doch hat und das beim Umzug Sorgen bereitet...). Die Blumen paßten zum Raum und zum Thema: Sorgen um Zukunft, Vorsorge für das Alter, Sorge um die Zukunft von Kirche, Gemeinden und Einrichtungen.

In solchen Zeiten wird das Grußwort des Bischofs zur Rede: gut, dass er die Lilien nicht zitierte, lieber keine Bibeltexte mehr, wenn es ums Kürzen geht.... Statt dessen warb er um Verständnis und darum, dass PfarrerInnen nicht die unruhige Stimmung noch vermehrten. Er versprach, auch bei künftigen Tagungen zeitweilig präsent zu sein, ein gutes Zeichen in Zeiten der Konflikte zwischen Ebenen, Berufsgruppen und Einrichtungen.

Wein war auch da, abends, in den man, wie der Pfarrer in der Morgenandacht erinnerte, seine Sorgen schütten könne – jedenfalls nach einem alten Schlager. Entsorgen war in der Andacht angesagt: die Stapel auf dem Schreibtisch neu geordnet (»Simplify your life«): was man nur geliehen hat und loswird, indem man es zurückgibt, was im Papierkorb verschwindet und sogar der Terminkalender wird beiseite gelegt, in den Papierkorb aber doch erst am Beginn des Ruhestandes, wann immer das sein wird, jetzt einmal auf Zeit.

Frühjahrstagung: wieder hatte ich den Eindruck: Die Terminkalender sind auf die Seite gelegt, trotz aller Handies blieb das Wildbad eine Insel im Meer der Zeit. Man freute sich, einander wiederzusehen, Schulaufgaben und Kinder und EhepartnerInnen sind wichtigere Themen als die Sorgen um die Finanzen.

Wir sind gut versorgt mit Ordnungen und Gesetzen, mit Gremien auch: Handlungsfeldkonferenzen werden nicht Inseln sein. »Wenn Sie im aktiven Dienst versterben, unterstellt man eine Dienstunfähigkeit«, wurde uns mitgeteilt: seid unbesorgt, es ist alles geregelt. Auch, dass die Dienstreise endet, wenn der Beamte während einer solchen ver stirbt, ist weise geordnet. Die vielen

Ordnungen gegen die Sorge um die Rente freilich erzeugen eher Verwirrung - also lieber ganz ohne?

Es sind auch unsere Erwartungen, die das Maß der Sorgen bestimmen: wieviel Privatleben habe ich als Pfarrer/in und wieviel brauche, wünsche ich mir? Zum Dasein auf einer Insel im Meer der Zeit paßten solche Gedanken im Gottesdienst nicht. Dass sie PfarrerInnen bewegen und ihre Familien auch, ist wohl wahr. Aber auch, dass sich die Erwartungen unterscheiden zwischen den Generationen, vielleicht mehr, weil die Rollen von Frauen und Männern sich gewandelt haben als durch neue PfarrerInnenbilder.

Sorgt nicht, es ist alles geregelt: Führt Gerechtigkeit, die Belastung noch auf zwei Kommastellen genau ausrechnet, zu mehr Ruhe, weil alles geregelt ist oder vielleicht doch mehr zum ständigen Suchen nach den Grenzen meiner Pflichten und, wenn ich sie nicht einhalten kann, zu neuen Sorgen?

Insgesamt aber – wenn in einem anderen Unternehmen so einschneidend gespart wird, wird die Hauptversammlung kaum so ruhig verlaufen, die Abende nicht so fröhlich. Die Lilien haben wohl doch gesprochen. Und in dieser Hinsicht muß einem nicht bang sein um unsere Kirche. Oder haben wir PfarrerInnen die Arbeitgeberperspektive? Man könnte z.B. die Sekretärinnen fragen...

Martin Ost

In den Hauptvorstand wurden gewählt:

Uwe Bernd Ahrens
Martin Backhouse
Herbert Dersch
Heinz Haag
Katharina Kemnitzer
Raimund Pretzer
Kerstin Scherer
Friedrich Schuster
Johannes Schuster
Walter Stockmeier
Stefan Thumm
Hartmut Leonhard Wolf

Arsen und Nadelstreifen

Anmerkungen zur »Giftliste«

Obwohl viele aufgrund des zeitlichen Zusammentreffens darauf gehofft hatten: Mit einem »verspäteten Aprilscherz« (Nürnberger Nachrichten) ist die »Giftliste«, die am 2. April 2003 in der Landessynode vorgestellt wurde, fürwahr nicht zu verwechseln: Sie entstand im Auftrag der Landessynode seit November 2002 (Kempten) aus einer »Lenkungsgruppe« heraus – mit dem Auftrag, zwei Szenarien zu entwickeln, wie bis 2006 einmal 50 Millionen Euro oder alternativ bis zu 100 Millionen Euro gespart werden könnten.

Mitglieder dieser »Lenkungsgruppe« waren:

- der Vorsitzende des Finanzausschusses, Ulrich Exler, Präsident der Oberfinanzdirektion München
- der Vorsitzende des Ausschusses Gesellschaft und Diakonie, Stephan Bergmann, Direktor der Abteilung Ausland im Bayerischen Fernsehen
- der Vizepräsident der Synode, Heinrich Götz, Pfarrer und Rektor des Diakonissenmutterhauses Augsburg
- der Vorsitzende des Ausschusses für Weltmission und Ökumene, Fritz Schroth, Direktor der Gästehäuser Bischofsheim (Rhön)
- Günther Steinmetz, Handwerksmeister und Inhaber eines mittelständischen Zimmerei-Betriebes für den Rechtsausschuss
- der Vorsitzende des Grundfragenausschusses, Wolfgang Stegemann, Professor für Neues Testament an der Augustana-Hochschule Neuen-dettelsau
- der Vorsitzende des Organisationsausschusses, Hans Peetz, Dekan in Bayreuth, ehemaliger Planungsreferent der Landeskirche
- Heike-Andrea Wild, Pfarrerin in Kornburg, für den Ausschuss Bildung, Erziehung, Jugend

»Giftliste« war eine der ersten Bezeichnungen, die für das Ergebnis dieser Lenkungsgruppe gewählt wurden. Nicht utopisch – ist doch Gift oder »Drogex« in geringen Mengen heilungsfördernd, allerdings bei Überdosierung tödlich. Ob die vorliegende Liste die rechte Dosierung des richtigen Giftes gefunden hat, will ich im folgenden etwas ausleuchten.

Wer weiß was – und wann?

Die erste Aufregung rief bereits der Stil der Veröffentlichung der Giftliste hervor: Nach einem vergleichsweise harmlosen Vortrag und dem Versuch einer theologischen Grundlegung wurde die Synode in die Kaffeepause entlassen, während derer die »Giftliste« mit der Benennung von rund 200 Kürzungsvorschlägen auf die Plätze verteilt wurde. Im Gegensatz zur Presse, die bereits beim mittäglichen Pressegespräch mit Einzelheiten gefüttert worden war und die Giftliste im Laufe des Nachmittags erhalten hatte, blieb die landeskirchliche Pressestelle außen vor, ebenso wie der Landeskirchenrat – und eben die Synode. Was die Synodalen ebenfalls nicht wussten, war, dass Landesbischof Johannes Friedrich bei besagter mittäglichen Pressekonferenz die betriebsbedingte Kündigung von rund 1.200 Beschäftigten in den Ring geworfen hatte – prompt wurde dies auch zur andauernden Hintergrundmusik der Giftliste. Unglücklich? Gezielt? Unprofessionell? 75 Millionen – 1200 Kündigungen?

Die angekündigte Streichung von 1.200 Stellen – respektive die Entlassung von 1.200 MitarbeiterInnen – ist zu Recht als wenig geistlich und personalpolitisch verantwortlich kritisiert worden. MitarbeiterInnen, die auf Angestellten- oder Arbeiterbasis arbeiten (und somit die einzigen sind, die kündbar wären), sind verständlicherweise verunsichert ob dieser Drohung. Gerade in Nürnberg, wo die Landesstellenplanung eine massive Umschichtung erfordert, sind die Worte der geistlichen Leitung dieser Kirche auf ein geschärftes Gehör gestoßen.

75 Millionen an Einsparungen waren angekündigt worden, und jeder, der einen Cent davon abstreichen wollte, sollte eine andere Kürzung vorschlagen, so war anfangs zu hören. Schon bald war jedoch klar, dass viele der Einzelpunkte so schlampig recherchiert waren, dass man etwa 50 Millionen davon getrost als »Luftnummern« (Günter Saalfrank im Rothenburger Sonntagsblatt) bezeichnen darf. Rechtsverpflichtungen und Fehlkalkulationen stehen der Umsetzung dieser Kürzungsvorschläge entgegen, was in den letzten Wochen und Monaten dargelegt wurde – kirchenschädlich in der Öffentlichkeit, aber das

war ja das von der Lenkungsgruppe gewählte Verfahren. Konsequenterweise war es deshalb, dass bereits im Verlauf der Synodaltagung von der »Ersatzkürzung« Abstand genommen wurde.

Budgetisierung von Personal?

Grundsätzlich ist die Budgetisierung der Referate im Landeskirchenamt ein finanzpolitisches Übel, das von der Lenkungsgruppe übernommen wurde. Ausgehend von unternehmerischen Gepflogenheiten, die einzelnen Abteilungen eines Wirtschaftsbetriebes zu budgetisieren, ihnen einen festen Haushalt zuzuweisen, mit dem sie haushalten müssen, wurde auch das Landeskirchenamt mit der Neustrukturierung 1999 in Abteilungen unterteilt und nunmehr in pauschale Budgets gepresst. Während in einem Unternehmen aber verschiedene Abteilungen mit jeweils Personal, Produktpalette, Ressourceneinsatz und Output vorhanden sind, sind im Landeskirchenamt und im landeskirchlichen Haushalt das Personal in der Abteilung F konzentriert. Sie muss nun die pauschalen Kürzungsvorschläge beim gesamten (Pfarr-)Personal umsetzen, ohne den Einsatzort berücksichtigen zu können. Die generelle Frage, *wo* das Personal eingesetzt wird (um im ökonomischen Denken zu bleiben), hat die Abteilung F aber – zumindest für den Gemeindebereich – soeben mit der Landesstellenplanung erledigt. Von der Personalreferentin zu verlangen, 44 Millionen Euro zu sparen, die Summe entspräche dem Gehalt (einschließlich Arbeitgeberanteil) von rund 600 PfarrerInnen, ist jedenfalls eine Forderung, die unsere Kirche in ihrer Verfassung umkrepeln würde.

Pfarrer z.A. und das Budget

Die versuchte Abkoppelung von Personalaufwand und Einsatzort hat ja inzwischen zu der merkwürdigen Situation geführt, dass die PfarrerInnen z.A. ab Herbst 2003 nur noch im Religionsunterricht oder in fremdfinanzierten Randbereichen eingesetzt werden sollen – und nicht mehr in den Gemeinden. Gleichzeitig warten (Stand 1. Mai) 26 Kirchengemeinden in ganz Bayern jeweils seit mehr als 6 Monaten auf eine neue PfarrerIn – so viele Stellen (20) in der Erinnerung gab es seit den 80er Jahren nicht mehr. Ich meine, dass die Budgetisierung des Personalbereichs das Grundübel ist, das die Personalreferentin zu diesem gemeindewidrigen Verhalten zwingt. Leider bewegt

sich auch die Giftliste in dieser Systematik, die letztlich die Gemeinden trifft. Fehlende Konzepte beim Sparen
Zurück zur engeren Giftliste: Dass nur 5 Wochen nach der »Zukunftskonferenz« der kirchenleitenden Organe, bei der ganz bewusst Finanzen ausgespart worden waren, deren Ergebnisse Makulatur wurden, weist auf ein Defizit der Lenkungsgruppe hin: Es wurden keine Konzepte zur Diskussion vorgelegt, anstatt wohlgenut Gelder zu streichen. Zugleich sind natürlich in der Auswahl der zu streichenden Haushaltsstellen (bzw. der Stellen, die nicht in die Streichung einbezogen wurden) Vorstellungen über Kirche enthalten. Was meine ich damit?

- Dem *Windsbacher Knabenchor* wurden von den 1.278.240 Euro mehr als die Hälfte gestrichen. Anstatt dem renommierten Chor mit der Kürzung das Rückgrat zu brechen, wäre eine Diskussion über die *Verteilung der kirchenmusikalischen Mittel* insgesamt vonnöten: Wenn alle Kirchenchöre und Posauenchöre Bayerns (einschließlich ihrer Verbandsarbeit) weniger als die Hälfte der Mittel bekommen, die für den Windsbacher Knabenchor zur Verfügung gestellt werden – wäre da eine konzeptionelle Neudiskussion nicht vonnöten? Eine klare Entscheidung für oder gegen den Windsbacher Knabenchor ist dagegen notwendig: Für jedes Gemeindeglied in Bayern bezahlen wir 0,50 Euro pro Jahr zum Unterhalt dieses Chors – oder nehmen ein entsprechendes Darlehen auf.
- Dem *Gottesdienstinstitut* wurden 120.000 Euro gestrichen (von 370.000), dem *Amt für Gemeindedienst* 600.000 Euro (von 2,6 Mio). Eine konzeptionelle Fragestellung würde lauten: Was bringen diese beiden Institute für die Gemeinden und die Gottesdienste vor Ort? Sie würde dem durchgängigen Ergebnis der »Zukunftskonferenz« – Stärkung der Gemeinde vor Ort – Rechnung tragen. Dann hätte die Landeskirche die Chance, diese beiden Institute a) in ihrer bisherigen Form zu stärken oder b) neue Wege einzuschlagen. Eine Kürzung zu verlangen, die den gesamten Sachkostenzuschuss dieser beiden Institute weit übersteigt, wäre dann nicht vonnöten.
- Die *Streichung der Beihilfen* wurde als Einsparungen vorgeschlagen und stattdessen eine Versicherung

über Pflicht- und Ersatzkassen angedacht. In der Tat kann man konzeptionell über den Sinn der Beihilfestellen diskutieren – zumal ihre Leistungen ständig sinken. Hier müsste dann bedacht werden, ob die Landeskirche durch das Freiwerden der Räumlichkeiten der Beihilfestelle und die Entlassung der Angestellten mehr sparen würde, als die Übernahme des Arbeitgeberanteils an der Krankenversicherung der BeamtenInnen und der PfarrerInnen kosten würde. Davon auszugehen, dass die Streichung des Beihilfesystems Einsparungen für die Landeskirche brächte, ist jedenfalls ohne diese Berechnungen ein mutiger Schritt.

- Unter der Position 9510-12 wurden 18 Millionen Einsparungen durch verringerte Zuführungen in den *Versorgungsfonds* benannt. Der ist mit Abstand größte Einzelposten innerhalb des Papiers stellt damit eine Rücklagenentnahme aus den Versorgungungen der PfarrerInnen und RuheständlerInnen dar – ohne eine jährliche Zuführung in die Ruhestandsversorgung kann der Versorgungsfonds nicht überleben. Die wertberichtigende Abschreibung von 70 Millionen Euro im vergangenen Jahr hat den Versorgungsfonds bereits an den Rand des Abgrundes gebracht. Mit der Lenkungsgruppe wäre der entscheidende Schritt nach vorne vollzogen.
- Zuschüsse zu *Tagungshäusern* wurden gestrichen oder gar der Verkauf von Tagungshäusern empfohlen. Ob alles davon Tafelsilber darstellt (oder doch mehr Aluminiumbesteck)? Gleichwohl ist eine konzeptionelle Debatte über die Tagungshäuser unerlässlich: Müssen alle von der Landeskirche selbst betrieben werden? Oder ist ein Pächter-System möglich? Benötigt jedes Tagungshaus eine eigene Küche oder käme ein Catering-System günstiger? Ist die Höhe der Tagungsbeiträge noch zeitgemäß? Den bestehenden (Pappenheim / Wildbad Rothenburg) die Zuschüsse zu streichen, ist innerhalb des bestehenden Systems zu einfach.
- Die Konzeption der *landeskirchlichen Kollekten* wurde bei den Sparplänen nicht überdacht – die Lenkungsgruppe bewegt sich innerhalb des Systems: Welche Lobby-Gruppen und –Vereine, welche traditio-

nellen Arbeitsbereiche stehen hinter manchen landeskirchlich angeordneten Kollekten, die unserem heutigen Kirchenbild nicht mehr entsprechen? Oder anders gefragt: Trifft der Text einer Kollektenabkündigung und die Bezeichnung die tatsächliche Verwendung? Ist es – beispielsweise – tatsächlich im Sinne der SpenderInnen der Kollekte »Ausbildung zum kirchlichen Dienst«, dass damit die Personalkosten der »Begleitung Theologiestudierender« in Erlangen gedeckt werden? Inwieweit manche gleichlautenden Kollektenzwecke für die Frage der Einnahmesteigerung – wie kann ich Gemeindeglieder am ehesten motivieren finanzielle Solidarität zu zeigen? – geeignet sind, wäre durchaus überprüfenswert.

- Die Kürzungsvorschläge lassen eine Verschlinkung der Strukturen z.B. *kirchenaufsichtlicher Genehmigungen* außer Acht. Sicherlich kann man die Schlüsselzuweisungen pauschal kürzen und damit die Verteiler von Geldern und Genehmigungen noch weiter aufzuwerten. Um jedoch die Kirchengemeinden vor Ort zu stärken, wäre eine konzeptionelle Überlegung zum Verwaltungsaufwand und zu den Machtstrukturen der Kirchengemeinden (von der Orgel über Fensterscheibe im Gemeindehaus bis zur Marke des PC im Pfarramt) überfällig.

Man kann über vieles in dieser Landeskirche diskutieren – und konzeptionell muss dies auch geschehen. Auf keinen Fall kann man unter dem »Spar« diktat Entscheidungen treffen, die einem aus einer nicht ausdiskutierten Konzeption von Landeskirche schon immer vorgeschwebt haben.

Manchmal wird der Lenkungsgruppe allerdings auch ein Konzept unterstellt, das sie vermutlich gar nicht hatte: Der Leiter des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt, Hans-Gerhard Koch, zugleich Sprecher des Arbeitskreises Offene Kirche, sieht eine Schonung der Ortsgemeinden gegenüber einer Streichung der »*der Gesellschaft zugewandten Dienste*«: »*Wenn diese Vorschläge Realität würden, dann hätten wir eine Kirche, die auf ihrem Kirchturm sitzt und dem Weltuntergang zuschaut.*« (epd 08.04.03). Ich bezweifle eine solche Konzeption und vermute eine viel einfachere Ursache für diese offenkundige Schlagseite der Giftliste: Allgemeiner Gemeindedienst und die

Personalkosten für die Ortsgemeinden stellen eben nur ein paar Zeilen bzw. Seiten im Haushalt dar, während fast jede überparochiale Tätigkeit eine eigene Seite aufweist.

Fehlende Koordination in der Lenkungsgruppe?

Als großer Vorzug der Giftliste galt von Anfang an ihre gelungene Geheimhaltung bis zu besagter Kaffeepause des 2. April. Aber vielleicht liegt gerade darin ihre Schwäche? Hätte man sich bei manchen Punkten gewünscht, dass sie mit den betreffenden und betroffenen Einrichtungen und Personen kurz abgesprochen worden wären, so darf man wohl mit Blick auf die Schwachpunkte der Liste ausschließen, dass alle Mitglieder der Lenkungsgruppe von allen Punkten Bescheid wussten. Andernfalls müsste man verheerende Schlüsse ziehen...

- So kann der Vorsitzende des Finanzausschusses nichts von der beabsichtigten Kürzung des Windsbacher Knabenchors um 743.018 Euro gewusst haben. Warum? Weil bereits zwei Wochen später in der Fränkischen Landeszeitung eingeräumt werden musste, dass »zwei Haushaltsstellen verwechselt« worden seien. Dem Vorsitzenden des Finanzausschusses wäre sicherlich nicht entgangen, dass die entsprechende Erläuterung im Haushaltsplan auf der gegenüberliegenden Seite zu finden war!
- Dem Vorsitzenden des Ausschusses für Gesellschaft und Diakonie wäre nicht entgangen, dass die Streichung der EKD-Hochwasserhilfe keine Ersparnis von 3.163.566 Euro bringen kann: Diese Hilfeleistung ist ein einmaliger Posten für das Jahr 2003 und gedeckt durch die anhaltend hohen Kirchensteuereinnahmen durch die Verschiebung der »Steuerreform« auf das Jahr 2004.
- Der Vertreterin des Ausschusses für Jugend und Bildung wäre sicherlich der Vorschlag zur Streichung des Hauses in Pappenheim nicht entgangen, dass bei einem Verkauf des Hauses der eingebaute Zuschuss z.B. des Kultusministeriums zurückgezahlt werden müsste – ob da noch unter dem Strich ein Verkaufserlös zu erzielen wäre? Ebenso wäre ihr sicherlich nicht entgangen, dass bei dem Streichen des Zuschusses für Pappenheim auch die gesamte Unterstützung für die

170 Evangelischen Landjugendgruppen gestrichen werden würden. Dass eine Streichung der Gelder für die ELJ auch die Streichung der Zuschüsse des Landwirtschaftsministeriums und des Bauernverbandes zur Folge hätte, liegt ebenfalls im Bereich des Greifbaren.

- Dem Vorsitzenden des Organisationsausschusses kann die angebliche Ersparnis bei der Streichung übergemeindlicher Stellen nicht bekannt gewesen sein: Inzwischen ist ja hinreichend diskutiert, dass bei der Streichung z.B. des vor einem halben Jahr eingerichteten Beauftragten für Landtag und Staatsregierung (7622) oder der BischofsreferentInnen, der PfarrerInnen in Presse / Öffentlichkeit / Publizistik oder Ökumene (7621), des Umweltpfarrers (4610) oder des Sportpfarrers (1730) nur dann Geld eingespart wird, wenn dabei ein Büro aufgelöst wird. PfarrerInnen wird man hingegen weiterbezahlen müssen, ihnen eine neue Stelle organisieren und ihren Umzug bezahlen. In diesem Sinne sind die in der Giftliste eigens festgehaltenen Personalkosten für PfarrerInnen im überparochialen Dienst keine Einsparungsvorschläge, sondern Luftnummern.
- Dem Vertreter des Rechtsausschusses in der Lenkungsgruppe hätte bei Kenntnis der Zusammenstellung sicherlich gegen die pauschale Kürzung von Gehältern um 10% und zusätzlicher Rückführung vor die letzte Tarifierhöhung 2001 sowie die Streichung von Urlaubsgeld und 13. Monatsgehalt protestiert: Denn hierfür muss der Landeskirchenrat ein Verfahren zur Feststellung der finanziellen Notlage nach dem Notlagengesetz (verabschiedet bei der Frühjahrssynode 2001) einleiten. Dies kann erst geschehen, nachdem folgende Punkte erfüllt sind: »1. Heranziehung von Rücklagen, 2. Einsparungen, 3. Zurückstellung verzichtbarer und Einschränkung kirchlich notwendiger Arbeitsfelder und Aktivitäten, 4. wertungsgemessene Veräußerung aufgebaren Grundvermögens und 5. Bemühungen um Erschließung neuer ordentlicher Einnahmen.« Dieses einvernehmliche Gesetz sollte ja gerade Kamikaze-Aktionen verhindern und in einen juristisch durchsichtigen Ablauf bringen.

- Der Vorsitzende des Grundfragenausschusses hätte sicherlich in Frage gestellt, dass die Zuschüsse zur VELKD, zur EKD und zum EKD-Finanzausgleich in die Diskussion einbezogen wurden. Hier eben mal 27,4 Millionen Euro in die Diskussion zu werfen, widerspricht nun ausgerechnet der (vom Grundfragenausschuss erstellten) wortreichen Erklärung von Kempten, dass die bayerische Landeskirche die »Doppelsäule« von EKD und VELKD als zukunftsweisend für den deutschen Protestantismus vertrete. Zur Realisierung dieser »Sparvorschläge« wäre hingegen ein Austritt der Landeskirche aus der EKD notwendig.
- Dass der Vorsitzende des Ausschusses für Gesellschaft und Diakonie der Streichung der Initiative »1+1« zugestimmt hätte, erscheint mir ebenfalls fraglich: Diesen Spendentopf zur Anstellung und Reintegration Langzeitarbeitsloser wird von der Landeskirche mit rund 255.000 Euro jährlich verdoppelt und ermöglicht so das Überleben vieler regionaler Initiativen. Leider vermisste ich in den Versuchen theologischer Begründungen für die Kürzungsliste eine ekklésiologische Qualifikation dieses und anderer Vorschläge, wie der Streichung des Zuschusses zum Diakonischen Werk der EKD (583.654 Euro), der ökumenischen Katastrophenhilfe (120.693 Euro) oder der 50%igen Kürzung der Betreuung von Flüchtlingen und Asylbewerber (900.000 Euro).
- Dem Vorsitzenden des Finanzausschusses kann der Vorschlag zur Abschaffung der Kirchensteuerämter nicht bekannt gewesen sein. Er hätte seinen KollegInnen in der Lenkungsgruppe sicherlich darauf hingewiesen, dass der Freistaat Bayern für die Übernahme des Kirchensteuereinzugs zwischen 1,5 % und 2 % der Kirchensteuereinnahmen als Entgelt kassieren würde, wie dies andere Bundesländer praktizieren. Ob dies für die Landeskirche billiger käme als der Unterhalt der Kirchensteuerämter, stünde zur Untersuchung – die Einsparung von 8.481.198 Euro darf man jedenfalls als »kühne Annahme« bezeichnen.
- Der Vorsitzende des Ausschusses für Weltmission und Ökumene war nicht bei allen Sitzungen der Lenkungsgruppe anwesend. Nur so ist es verständlich, dass die Gremien

des Lutherischen Weltbundes um 33% gekürzt wurden, der Kirchliche Entwicklungsdienst pauschal um 25% oder dessen Einzelmaßnahmen (nach einer 40%igen Reduktion 2003) nun endgültig gestrichen werden sollen. Eine Selbstisolation innerhalb der Ökumene würde sicherlich noch weitere Einsparmöglichkeiten eröffnen...

Welche Perspektive steht hinter der Giftliste?

Viele Telefonate und mails nach der Synode drehten sich um die Frage: Wie kam diese Auswahl der Giftliste zustande? Es drängt sich kein einzelnes Motiv auf, aber vielleicht wird das Mosaik angesprochener Motive ein zutreffendes Gesamtbild ergeben:

a) Arbeitgeberperspektive:

Seit Karl Marx wissen wir, dass wir das Sein nicht ganz vom Bewusstsein abkoppeln können (obwohl Herr Engels als Marxscher Sponsor auch nicht gerade dem Lumpenproletariat angehörte, aber das wäre eine andere Diskussion): Wer eben mal kurz die Gehälter und Löhne der kirchlichen Angestellten auf das Niveau von 2001 reduzieren möchte und eine Kürzung um 10% vorschlägt, wer eben mal kurz das Urlaubsgeld und das 13. Monatsgehalt streicht, PfarrerInnen auf der sog. 35er Liste auf 75% ihres Gehaltes reduzieren möchte, hat einen offenkundigen Blick auf das Leben. Da ist es dann auch folgerichtig, den »Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt« um 50% zu kürzen: Was sollen die Sozialsekretäre den Menschen und Unternehmern in der sog. freien Wirtschaft noch erzählen? Tariftreue? Einhaltung der Mitarbeitervertretungsrechte? Verzicht auf Kündigungen?

By the way: Natürlich ist auch die Pfarrerkommission nicht ungeschoren davon gekommen: Momentan wird der Sprecher (Klaus Weber) freigestellt und dem stellvertretenden Sprecher (meiner Wenigkeit) wird zur Entlastung bzw. zur Präsenz in der Gemeinde ein Pfarrer z.A. zugeteilt. Dieser Pfarrer z.A. soll gestrichen werden – womit man ihn an anderer Stelle beschäftigen würde, wo man ihm auch bezahlen müsste, siehe oben. Einsparung: 0 Euro. Allerdings: Laut Personalvertretungsgesetz des Freistaats Bayern wären **drei** Personalräte ab einer Beschäftigtenzahl von 1.650 freizustellen (Bayerisches Personalvertretungsgesetz Art. 46, Abs.4: zwischen 1.601 und 2.400 Beschäftigten: 3 freigestellte Personalratsmit-

glieder): Die Pfarrerkommission verzichtet bereits seit Jahren auf diese dritte Freistellung, obwohl wir rund 2.000 PfarrerInnen vertreten. Nachdem die Mitglieder des Pfarrerkommitees der Landeskirche seit 1997 rund 6 Millionen Euro zur Bezahlung junger KollegInnen (Pfarrer helfen Pfarrern) überwiesen haben, mutet diese Form von Dankbarkeit doch etwas befremdlich an.

b) Der Charme der NeusynodallInnen:

Rund zwei Drittel der Mitglieder der Lenkungsgruppe sind erstmals in der Landessynode. Ob der Drang, »endlich mal aufzuräumen« in dieser Landeskirche, bei einer solchen Zusammensetzung näher liegt? Angesichts der Tatsache, dass auch 68% der Synodenmitglieder erstmals ihr Amt ausüben, wäre für diese Haltung eine breite Mehrheit möglich.

Im Rückschluss muss man sich natürlich auch fragen, wer ein Interesse an dieser Form der Spardiskussion haben konnte? Entweder man hat die Lenkungsgruppe ins offene Messer laufen lassen – damit wäre das Motiv (system-)konservativer Kräfte in der Landeskirche / im Landeskirchenamt beschreibbar. Oder die rigiden Vorschläge wären als »Vorholzen« instrumentalisierbar (Motto: »Droht die Schließung an, dann stimmen sie der 30%igen Kürzung erleichtert zu.«), dem jetzt »vernünftige« Kürzungsvorschläge folgen – damit wären mögliche Motive aus dem Finanzausschuss / aus dem Landeskirchenrat beschreibbar.

c) Links, rechts, Mitte?

Aus der Zusammensetzung der Lenkungsgruppe können Rückschlüsse auf die Dominanz einer kirchenpolitischen Gruppierung in der Synode nur schwer vollzogen werden – die Arbeitskreise sind etwa in gleicher Weise beteiligt und repräsentiert.

Aus den Ergebnissen abzulesen, dass nur eine Frau im Gremium war, wird schwer fallen.

Was fehlt noch?

Die Frage drängt sich geradezu auf – auch wenn man meinen sollte, dass bei der Berücksichtigung so vieler Haushaltsposten, alles ausgereizt wäre. Wohl wissend, dass ich meinen Beliebtheitsgrad durch die Nennung sensibler Punkte nur unwesentlich steigern kann, will ich doch einige fehlende Haushaltsposten benennen, ohne sie meinerseits zur Streichung vorzuschlagen.

Vielleicht gelingt es aber jemandem, aus der Reihe der fehlenden Vorschläge ein Muster zu finden, das die Giftliste weiter erhellt:

- Es fehlen weitere Einnahmemöglichkeiten: Der vom Forchheimer Dekan Heinz Haag seit langem geforderte *Stellenbeitrag der Gemeinden* ist in dieser als Kürzungsliste geführten Debatte nicht einmal als Möglichkeit angedeutet. Durchschnittlich sind in der bayerischen Landeskirche 1.000 Gemeindeglieder pro Gemeinde zu finden. Eine Gemeindeumlage, die sich an einem Beitrag von 5% an den Personalkosten orientiert, würde pro Gemeinde rund 3.500 Euro erbringen müssen, also 3,50 Euro pro Gemeindeglied. Ist das vermittelbar? Die Diskussion darüber sollte öffentlich und in den Gemeinden geführt werden. Jede Gemeinde müsste dann entscheiden, wie sie die 3,50 Euro pro Gemeindeglied aufbringen könnte (Sammlung als Ersatz z.B. für das »Fastenopfer«, Kirchgelderhöhung, Rücklagen). Eine Diskussion müsste auch Kriterien ergeben, unter welchen Umständen eine Gemeinde von dieser Umlage befreit werden könnte (z.B. Verbindlichkeiten pro Gemeindeglied; besondere Belastungen etc.).
- Der *Ausstieg aus der BfA* bei der Versicherung der PfarrerInnen. Wie viel Geld könnte jährlich gespart werden, wenn die bayerische Landeskirche (wie 22 andere Landeskirchen in Deutschland) die Rentenversicherung in die eigenen Hände nähme, wie dies der Pfarrerkommitee seit Jahren vorschlägt? Wie hoch sind die jährlichen Zuschüsse aus Versorgungsfondsmitteln zu den Rentenbeiträgen der RuheständlerInnen?
- Vergeblich sucht man auch Zahlen oder Anfragen zum *Pfründestiftungsverband*. Rund 4 Millionen Euro werden jährlich (Haushaltsstelle 0511 00 1290) als Beitrag zur Pfarrbesoldung abgeliefert – Einnahmen aus den Verpachtungen der Grundstücke. Man wird nicht fehlen, wenn man den Bestand des Pfründestiftungsverbandes mit rund 8.000 Hektar ansetzt – wobei die Spanne zwischen Wiese und Bauland liegt. Angesichts der Entwicklung der ländlichen Grundstückspreise wäre es bereits vor 10 Jahren angebracht gewesen, über eine Ver-

äußerung mancher Grundstücke nachzudenken. Falls die Landeskirche sie nicht in absehbarer Zeit verkaufen wird, wird eine Überlassung an den Bund Naturschutz zur Pflege noch die kostengünstigste Lösung sein. Bei einem niedrig angesetzten Quadratmeterpreis von durchschnittlich 1,00 Euro liegen in den Pfründen ein Veräußerungspotential von rund 80 Millionen Euro. Eine Diskussion über die Pfründestiftung wird bislang nicht geführt – auch nicht über die Kosten der Verwaltung, an der rund 10 Personen beteiligt sein sollen; mögliche Mieteinnahmen des Gebäudes in der Münchner Innenstadt (Karlstraße) seien nur angedeutet.

- Die *Augustana-Hochschule* wird man als Einrichtung ebenfalls vergeblich in der Liste suchen (die Philosophieprofessur wurde allerdings zur Disposition gestellt). Zu behaupten, der Grund läge darin, dass Professor Wolfgang Stegemann der Gruppe angehört habe, greift meines Erachtens zu kurz und zudem die Integrität des Vorgenannten an. Allerdings ist eine Inkonsequenz zu bedauern: Wenn die Vorschläge der Giftliste umgesetzt werden (Kürzung der Dienstbezüge von PfarrernInnen, vorzeitige Reduktion der Anzahl von VikarInnen auf 120, 75%-Gehalt für PfarrerInnen der 35er Liste), dann braucht man erst recht keine dritte theologische Fakultät in Bayern. Eine klare Auflistung von staatlichen Zuschüssen zum kirchlichen Betrieb der Augustana fehlt ebenso wie eine Marktanalyse der Gebäudekomplexe des Campus.
- Die *Akademie Tutzing* steht nicht in Frage – oft wurde in den vergangenen Wochen die Frage gestellt, welche Schwerpunkte die Landeskirche zur Erwachsenenbildung setzt: die medienwirksamen einer Akademie oder die der zahlreichen Einzelveranstaltungen vor Ort in den Gemeinden und Einrichtungen stattfinden.
- Vergeblich wird man auch die *Tilgung der Verbindlichkeiten* in dem Papier suchen: Für das Haushaltsjahr 2003 sind 9 Millionen Euro zur Tilgung der Verbindlichkeiten zu finden. Durch die Sondertilgung im Jahr 2000, als aufgrund der hohen Kirchensteuereinnahmen 14,7 Mio Euro überplanmäßig getilgt wurden, ist ein erheblicher Spielraum für die

nächsten Jahre entstanden. Hier einzugreifen, hat sich die Lenkungsgruppe versagt – warum?

- Die Ausbildungskonzeption sollte bekanntlich überarbeitet werden (zuletzt in der Zustimmung einer Eingabe von Dekan Habermann/Pappenheim in Kempten beschlossen). Die Überarbeitung des *Praxisjahres* gilt als überfällig – auch hier wird als Einsparung lediglich die Auflösung des Büros gezählt werden können: Den Pfarrer als Leiter wird man natürlich weiterbeschäftigen, wenn auch in einer anderen Stelle.
- Ein Überdenken des Systems der *»Evangelischen Schulen«* blieb ebenfalls außen vor. Die Prioritäten-/Posterioritäten-Kommission hat bereits vor fünf Jahren das Nachdenken über die evangelischen Schulstiftungen begonnen. Inwieweit die Transferleistungen der Landeskirche in Höhe von 2,8 Millionen Euro den Vorteilen evangelischer Schulen gerecht wird, wäre zu debattieren.

Zusammenfassung:

1. »Sparen« bedeutet ein ausgewogenes Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben. Die Lenkungsgruppe hat sich fast ausschließlich auf Kürzen der Ausgaben beschränkt, ohne Einnahmeerhöhungen phantasievoll ins Auge zu fassen. Dies muss jedoch baldmöglichst nachgeholt werden.
2. Eine theologische Fundierung der Sparvorschläge im Hinblick auf ein Kirchenbild der Zukunft ist nicht erkennbar – wenn Theologie jedoch zur Lyrik verkommt und Zukunftskonferenzen wirkungslos bleiben, stellen sich noch ganz andere Sparvorschläge...
3. Vor der Debatte über Einzelvorschläge wäre eine konzeptionelle Diskussion über Einzelbereiche dieser Landeskirche fruchtbringender gewesen. Allerdings ist trotz der veröffentlichten Giftliste für eine solche Diskussion noch nicht zu spät.
4. Vermutlich steht eine mangelhafte Koordination unter den Mitgliedern der Lenkungsgruppe hinter vielen Kürzungsvorschlägen. Der Schaden, der durch die schlechte Recherche »im Land« angerichtet wurde, wird die tatsächlich notwendige Spardebatte stark behindern.

5. Die Veröffentlichung der schlecht recherchierten Vorschläge hat ein Hauen und Stechen (Gemeinde gegen Überparochiale Dienste, PfarrernInnen gegen Nicht-PfarrerInnen, Knabenchor gegen Landjugend, ESG gegen Amt für Jugendarbeit etc.) in Gang gesetzt, das an das alte römische Prinzip des »divide et impera« erinnert. Die Frage ist: Wer zieht daraus die Vorteile?
6. Die Verbindung der Sparvorschläge mit der angedrohten Entlassung von 1.200 Beschäftigten, hat Widerstände hervorgerufen, die die ganze Debatte zu versalzen drohen.
7. Die Ergebnisse der Lenkungsgruppe lassen eine deutliche Arbeitgebermentalität erkennen – wenn sich Synode und Landeskirchenrat diese Brille auf Kirche und Gesellschaft zu eigen machen, wird sie eine Demotivierung ihrer MitarbeiterInnen hervorrufen und eine depressive Spirale nach unten in Gang setzen.

Wird die Spardebatte eine heilsame für unsere Landeskirche sein oder wurde das falsche Gift zur Therapie ausgewählt? Noch bestehen Möglichkeiten, die Richtung der Haushaltsveränderung konzeptionell ausgewogen so zu gestalten, dass die Landeskirche gesunden kann. Hoffentlich entscheidet nicht die Machtverteilung in den Gremien, sondern die Theologie einer solidarischen Kirche über die Richtung.

*Hermann Ruttmann, (hier nur als)
Pfarrer in Krautostheim*

Burg Finstergrün

A - 5591 Ramingstein

Genau der richtige Ort für....

- Schullandwochen
- Familienfreizeiten
- Seminare und Projekttag

Gruppen

von 15 bis 150 Personen
Auch Einzelgäste und Familien sind willkommen!

Information und Buchung:

Evangelische Jugend Österreich
Liechtensteinstr. 20
A - 1090 Wien

Tel.: 00 43 17 92 66 - 17 Fax: -16
info@burg-finstergruen.at

»Wie kann ein Bäumchen blühen...?«

Erwachsenenbildung in Not

»Wie kann ein Bäumchen blühen,« heißt es einmal bei Bertolt Brecht, »wenn so viel Schnee drauf fällt?«

Die Evangelische Erwachsenenbildung gleicht einem Bäumchen im großen Garten landeskirchlicher Arbeit. In diesem Garten gibt es einen alten Baumbestand. Ehrwürdige, beeindruckende Gewächse. Die Seelsorge, zum Beispiel oder die Predigt oder die Diakonie. Wie hohe Tannen stehen sie da. Mit einer Pfahlwurzel, die weit in den Boden reicht. Riesen sind es, gut im Erdreich verankert. Da kann es schon einmal stürmen. So schnell droht keine Gefahr. Die Erwachsenenbildung hingegen ist wie ein Fichtenbäumchen. Mit einem eher flachen Wurzelwerk. Bei jedem Windstoß ächzt es und stöhnt es. Da ist keine große Lobby, die sich schützend um dieses Bäumchen schart. Es gibt wenige Fürsprecher. In allen Umfragen findet es sich in der unteren Hälfte der Prioritätenscala. In der theologischen Ausbildung kommt es so gut wie nicht vor.

Jung und voller Leben

Dabei sind manche Zahlen durchaus beeindruckend: Im Jahr 1964 wurde die »Arbeitsgemeinschaft für Evangelische Erwachsenenbildung in Bayern, e.V.« (AEEB) gegründet. Heute ist sie ein Zusammenschluss von 85 Einrichtungen, die im Bereich unserer Landeskirche Erwachsenenbildung anbieten. Von regionalen Bildungswerken bis hin zu zentralen Werken und Diensten.

Im Jahr 2001 gab es mehr als 39.000 Veranstaltungen der Erwachsenenbildung. Daran haben fast 950.000 Besucherinnen und Besucher teilgenommen. Die häufigsten Themenschwerpunkte, jeweils etwa 9000 mal vertreten, kamen aus drei Bereichen: 1. Lebens- und Erziehungsfragen, 2. Religion, Theologie, Philosophie, Weltanschauung und 3. Kultur, Kunst, musische Betätigung. Zehn Jahre nach Gründung der AEEB, beschloss der Landtag das »Gesetz zur Förderung der Erwachsenenbildung in Bayern« (EbFöG). Seit dieser Zeit stellt der Freistaat den anerkannten Landesorganisationen der Erwachsenenbildung – neben der AEEB sind das sechs andere Träger – finanzielle Fördermittel zur Verfügung. Voraussetzung ist ein angemessener Eigenbeitrag. Im Jahr 2001 betrug die Förderung durch den

Freistaat über 2 Millionen Euro und war damit etwa doppelt so hoch wie die Förderung durch die Landeskirche.

Beeindruckender noch als diese Zahlen, sind die Lebendigkeit, die Kraft, die Kreativität, die von diesem Arbeitsfeld ausgeht. Ein großer Reichtum an Farben und Formen zeichnet die Erwachsenenbildung aus. Vorträge und Seminare, Kurse und Workshops, Podiumsdiskussionen und Studienfahrten, Stadtspaziergänge und Erzählcafés und unendlich viel mehr. Landauf, landab wird in unseren Bildungseinrichtungen gute Arbeit geleistet. Mit einem großen Engagement und in professioneller Weise. Die Palette menschlichen Lebens spiegelt sich darin wieder. Es gibt wohl keinen anderen Bereich kirchlicher Arbeit, in dem so sorgfältig dokumentiert und evaluiert wird. Keinen anderen Bereich, der sich permanent und in aller Öffentlichkeit ausweist und verantwortet. Der regelmäßig Rechenschaft ablegt. Vor Dekanatsausschüssen und Fachbeiräten und Vorständen.

Kirche im Kontakt

Die Kirche braucht die Erwachsenenbildung. Sie braucht sie aus mehreren Gründen:

Einmal: Ein auch nur flüchtiger Blick in die Veranstaltungsprogramme zeigt, dass hier alle Themen, alle Zeitfragen, alle Streitfragen auftauchen. Die großen Probleme der Gegenwart – hier werden sie aufgegriffen und diskutiert. Die Erwachsenenbildung hilft unserer Kirche, sich auf der Höhe der Zeit zu bewegen und mit der Moderne in Kontakt zu bleiben. Sie trägt dazu bei, dass diese Kirche nicht in die Provinzialität abrutscht.

Zum Zweiten: In der Erwachsenenbildung hält die Kirche Kontakt zu den über 80 % ihrer Mitglieder, denen die Bindung an eine Ortsgemeinde zu eng ist, die aber dennoch Mitglieder bleiben und die diese Kirche finanzieren. Die Erwachsenenbildung respektiert ihren Wunsch, Nähe und Abstand selbst zu bestimmen. Sie bietet eine Beheimatung ohne Vereinnahmung und ein Engagement auf Zeit.

Zum Dritten: Die Erwachsenenbildung stellt einen ständigen Lernimpuls innerhalb der Kirche dar. Sie achtet auf Dinge, die der Kirche auch in anderen Bereichen gut anstehen. Auf Ganzheitlich-

keit zum Beispiel, auf Partizipation, auf Methodenvielfalt, auf Selbstverantwortung, auf Teilnehmerorientierung. Es ist kein Zufall, dass das Fernstudium Erwachsenenbildung, das für die Arbeit mit Erwachsenen qualifiziert, zu den gefragtesten Fortbildungsangeboten gehört. Mit einer langen Warteliste.

Wintereinbruch

»Wie kann ein Bäumchen blühen, wenn so viel Schnee drauf fällt?« In den ersten Apriltagen brach der Winter herein. Dabei hat das neue Jahr gut begonnen. Am 15. Februar gab es in Nürnberg eine Anhörung zum Bildungskonzept der Landeskirche. Viele haben an den Überlegungen mitgewirkt. Der Tag im »eckstein« brachte der Projektgruppe Anerkennung und Ermutigung. Wir gingen mit dem Eindruck, wir seien unterwegs zu einer bildungsfreundlichen Kirche.

Dieser Eindruck wurde durch die neue Bildungsdenkschrift der EKD verstärkt. »Maße des Menschlichen« – eine gelungene Orientierungshilfe in orientierungsloser Zeit. Dass nicht die Vollkommenheit uns zum Menschen macht, nicht die Perfektion, wer sonst, wenn nicht die Kirche ist berufen, dieses Wissen zu hüten und weiterzusagen. Dass Gott ja sagt zum Bruchstückhaften, zum Fragmentarischen. Wir leben davon. Tag für Tag.

Eine Woche nach der Anhörung dann die Ernüchterung. Auf der Zukunftskonferenz der kirchenleitenden Organe in der Gemeindeakademie in Rummelsberg war es nicht gelungen, das Wort »Bildung« zu einem Zukunftswort unserer Kirche zu machen. Welch ein Kontrast! Alle Welt redet von diesem »Megathema« (Roman Herzog) unserer Zeit. Bei der Zukunftskonferenz der Kirche kam es nicht vor. Viele Synodale baten darum, dies nicht über zu bewerten. Natürlich sei und bleibe der Protestantismus auch eine Bildungsbewegung. So wie er es immer gewesen ist. Spätestens seit Luthers Schrift aus dem Jahre 1524 »An die Ratsherren aller Stände deutscher Landes, dass sie christliche Schulen aufrichten und halten sollten«. Nein, diese Tage in Rummelsberg sollen nicht überbewertet werden, aber es gibt auch keinen Anlass zur Beschönigung. Ein paar Wochen später sollte dies dramatisch deutlich werden. Aber der Reihe nach.

Zunächst tat es gut, dass die Handlungsfeldkonferenz 3 »Erziehung, Bildung, Unterricht« sich Mitte März zum Bil-

dungsauftrag der Kirche bekannte. Ohne Wenn und Aber. Sie brachte dies auch zum Ausdruck, indem sie einen Antrag an das Präsidium auf eine »Bildungssynode« stellte. Genauso wichtig war wohl der Ruf nach einer »Koalition für Bildung«, der auf dieser Sitzung laut wurde.

Es tat auch gut, dass der Landeskirchenrat sich erneut zur Erstellung eines Bildungskonzeptes bekannte und die Projektgruppe ausdrücklich damit beauftragte, ihre Arbeit weiterzuführen und abzuschließen.

Erwachsenenbildung in Not

Der Schock kam im April auf der Würzburger Synode, auf der die Überlegungen der Lenkungsgruppe (»Sparkommission«) bekannt wurden, die die Kempener Synode im November 2002 eingesetzt hatte. Angesichts eines dramatischen Einnahmerückgangs bei den kirchlichen Finanzen kam es zu Kürzungsvorschlägen, die die Erwachsenenbildung ins Mark treffen würden. Ein paar Beispiele: Der Zuschuss für die Landesstelle wird um 50 % gekürzt, für die Bildungszentren und Bildungswerke ebenso um 50 %. Die Stelle des Beauftragten für Erwachsenenbildung soll – wie die meisten anderen Beauftragtenstellen auch – gestrichen werden. Bei vielen Bildungseinrichtungen sollen die Zuschüsse halbiert, bei manchen sollen sie auf Null gebracht werden. Dabei sind die sogenannten »Weitergehenden Überlegungen« noch gar nicht genannt. Natürlich ist dies – so wurde auch immer wieder betont – zunächst einmal eine Diskussionsgrundlage. Aber das klingt doch sehr nach Beschwichtigung. Die Pflöcke sind nun einmal eingeschlagen. Die Evangelische Erwachsenenbildung ist in Not! Daran ändert auch der Beschluss vom letzten Tag in Würzburg nichts, dass die Frühjahrssynode 2004 eine »Bildungssynode« zur Verabschiedung des Bildungskonzeptes sein soll. Es ist zu befürchten, dass es in Wahrheit eine »Bildungsbeerdigungssynode« werden wird. »Wie kann ein Bäumchen blühen, wenn so viel Schnee drauf fällt?«

Kirche mit dem kleinen Karo?

Noch unterhält unsere Kirche ein differenziertes Bildungssystem. Pluralität und Profil gehören gleichermaßen dazu. Noch spricht sie Menschen in allen Lebensphasen und Lebenslagen an. Noch geht sie auch auf die zu, die sonntags nicht unter der Kanzel sitzen. Noch kann man Kirche großzügig und mit ei-

nem weiten Horizont erleben. Noch versucht sie, sich kundig zu machen. Zum Beispiel in ihren Beauftragten. Kundig in ökologischen Fragen, in Fragen der Kunst, der Technik und der Naturwissenschaften. In den Stadtakademien sucht sie den Dialog mit der urbanen Gesellschaft. In den Volkshochschulen kümmert sie sich um den ländlichen Raum.

Gehen diese Zeiten zu Ende?

Bisher hat sich unsere Landeskirche weit für die Tagesordnung der Welt geöffnet. Dort hat sie die Stimme des Glaubens eingebracht und die Farbtupfer christlicher Hoffnung. In der Erwachsenenbildung wurde dies deutlich. Par excellence. Jetzt trägt dieses junge Arbeitsfeld die Hauptbürde der Einsparungen. Und dabei geht es nicht nur um das eine Bäumchen, auf das so viel Schnee fällt. Es ist zu befürchten, dass von nun an ein guter Teil der Energie der Pflege des innerkirchlichen Betriebes gelten wird. Dass Binnenorientierung angesagt ist, und dass die kerngemeindlichen Milieus alles bestimmen. Das Fragwürdige an den Vorschlägen der Lenkungsgruppe sind nicht die Zahlen. Es ist der Verzicht auf jede theologische Reflexion dieser Zahlen. Und das Ärgerliche ist, dass der Zeitdruck die Theologie auch weiterhin aussperrt. Für die entscheidende Frage »Welche Kirche wollen wir?« gibt es keinen Raum in der Herberge.

*Kirchenrat Waldemar Pisarski,
Theologischer Leiter der AEEB,
Landeskirchlicher Beauftragter für
Erwachsenenbildung*

Überüberparochie

Zu: Shakespeare im Luisengarten, in Nr. 5/03

Immer und immer wieder habe ich es gelesen. Das Referat des Landesbischofs zur Frühjahrssynode. Theologisch fundiert hat Achim Schmidt es genannt, was insofern zutreffend ist, als sich eine Menge Bibelstellen finden lassen. Aber reicht das schon? Mir kam es vor, als sollte gesagt werden: In der Bibel gibt es viele Modelle von Kirche und Gemeinde. Also ist Kirche nicht nur die Parochie, die Ortsgemeinde, sondern auch die überregionalen Dienste und die Kirchenleitung. Letztere – hat man den Eindruck – seien der wahren Gestalt der *einen* Kirche, in ihrem christologischen und eschatologischen Gehalt, fast noch näher, in jedem Fall der Ortsgemeinde im Kirchesein völlig gleichgestellt. Da es keine eindeutige biblische Gestalt von Kirche gäbe, wäre es geradezu die Aufgabe der Kirche, sich in der Zeit, in der sie lebt, eine eindeutige Gestalt zu geben, was die Kirchenleitung ja bereits mit ihren »Perspektiven und Schwerpunkten«, ihrem »Leitbild« getan hat. Wie eine Bekenntnisschrift wird es zitiert. Und schon ist es da, die zweite Instanz, die unsere Kirche neben der Heiligen Schrift in die Zukunft leiten soll. Theologisch fundiert?

Klar scheint: »Kirche vor Ort« sind wir doch irgendwie alle und deshalb müssen in schwierigen Zeiten eben alle Federn lassen: Die Parochie (wie löst man eigentlich Kirchengemeinden auf und mit welchem Recht?), die Überparochie (wer nicht im Lenkungsausschuss sitzt, hat Pech gehabt) und die Überüberparochie (die Kirchenleitung kann nicht aufgelöst werden und hat die schwere Verantwortung, das letzte Wort zu haben).

»...die Evangelisch-Lutherische Kirche

in Bayern will sich nicht mehr als subsidiäre Kraft verstehen, die den als örtliche Versammlungen existierenden Kirche helfend koordinierend und regulierend zur Seite steht, sie nach außen hin vertritt und im Kontext der Ökumene für sie spricht. Sie tritt in dem Bewusstsein auf, die real existierende Kirche schlechthin zu sein. Sie gibt ihrem »Personal« - also den Pfarrern und Pfarrerinnen - Anweisungen für den Vollzug ihrer Arbeit und sie »entwickelt« dieses ihr »Personal« so, »dass es ihren Erwartungen lückenlos zu entsprechen vermag.« Das sagte - zugegeben äußerst pointiert - im vergangenen Jahr am 15. Juni 2002 Prof. Jürgen Roloff in seinem Referat »Die Torheit des Kreuzes und die Weisheit der Personalentwicklung.« in Nürnberg. (Gesamter Text unter: <http://www.dekanat-hof.de/download/roloff.PDF>)

Wenn Achim Schmidt in seinem Artikel die Notwendigkeit der überparochialen Dienste als die notwendige »Kirche für die anderen« beschreibt, dann dürfen die am (!) Ort lebenden Kirchengemeinden und Dekanate fragen: Ja für wen wollt ihr denn Kirche sein, wenn nicht für uns?! Und dann dürfen sie sich zu Recht beschweren über Antworten wie: »Die Gesellschaft« oder »die säkulare Welt« oder »die 1200 Menschen, die im Münchner Herkulesaal dem evangelischen »Mottetenchor« zuhören«. Wer möchte beklagen, wenn sie angesichts solcher Antworten nicht in Ehrfurcht erstarren und nicht zu jedem Opfer bereit werden? Will man sie für blind erklären, wenn sie sich in Kriegszeiten für fähig halten auch ohne Gottesdienstinstitut ein Friedensgebet zu formulieren? Oder ihr Erscheinungsbild und ihre Öffentlichkeitsarbeit selbst zu besorgen? Wann sieht die »Überparochie« endlich, dass es seit Jahrzehnten Gesamtkirchengemeinden gibt, in denen überparochial gearbeitet wird und Beauftragte für viele Bereiche auf Dekanatebene Dienste für andere Gemeinden wahrnehmen? Die »kirchturmbewehrte Wagenburg« scheint ein Schreckgespenst zu sein, dass vor allem die an die Wand malen, die offensichtlich bereits jeden Bezug zu ihrer »Kirche am Ort« verloren haben.

Es wäre schon viel gewonnen, wenn der Begriff der »Subsidiarität«, der im Referat des Landesbischofs nicht vorkommt, wieder Eingang in die Diskussion fände. Subsidiäre Kräfte für »Kirche am Ort« haben alle überparochialen Dienste in der Kirche zu sein. Andern-

falls sind sie überflüssig. Denn auch der Landesbischof gehört zu einer Ortsgemeinde und alle, die in überparochialen Diensten, Werken und Verwaltungen arbeiten. Sonst dürften sie gar nicht sein, was sie sind. Wenn sie sich in ihrer »Kirche am Ort« nicht mehr Zuhause fühlen, dann sollten sie wissen, wo und für wen sie zu allererst etwas zu tun hätten.

Johannes Taig, Pfarrer in Hof

Die Stille wird uns fehlen

Auf der von einem Ausschuss der Landessynode verantworten Spar- und Streichungsliste steht auch das Pastorkolleg in Neuendettelsau. Seine Kurse finden im »Haus der Stille« statt, in einer großen Ruhe, abgeschirmt von der Hektik des Alltags. Eine Übersicht über die angebotenen Kurse steht im Amtsblatt. Neben dem Rektor und einer Pfarrerin arbeiten oft auch auswärtige Professoren oder auch ein Professor der benachbarten Augustana-Hochschule mit. Es geht um gemeinsame, themenorientierte Gespräche unter den Pfarrern, die sich näher kennenlernen können, es geht um gegliedertes Leben in einer gestalteten Form, die eine Zensur nicht kennt.

In einer Zeit massiver Bedrohung hat Dietrich Bonhoeffer die Bedeutung gemeinsamen Lebens in Finkenwalde herausgestellt. Heute gibt es keine massive Bedrohung für den überaus wichtigen Dienst eines Pfarrers, wenn sich die Kirche nicht selbst bedroht. Keine Pfarrkonferenz, kein Kirchentag kann ersetzen, was im Haus der Stille, im Pastorkolleg geschieht. Eine Kirche, die so etwas aufgibt, schneidet sich in ihr eigenes Fleisch; sie bedarf selbst einer pastoralen Erneuerung. Wenn das Pastorkolleg mit seiner von Liebe, Kompetenz und Hingabe getragenen Arbeit aus finanziellen Gründen aufgegeben werden muß, dann wird es laut werden; aber die entscheidenden, wegweisenden, tröstenden Worte werden nicht mehr gesprochen.

Martin A. Bartholomäus, Pfarrer i.R., Neuendettelsau

Rabenmutter Kirche

Landesstellenplan und Einsparung von 1200 Stellen bis 200X

Die Finanzen müssen stimmen, natürlich. Wer nur das im Blick hat, ist ziemlich schnell fertig. Fertig in jeder Hinsicht.

Das ist aber nicht das Einzige.

Da ist noch die Sache mit der Kompe-

tenz. Es ist eine alte Weisheit aus Betrieben: Kompetent ist nur der, der das auch tut, was er anordnet. Nicht nur tun könnte, sondern tut. Ein Schulleiter, der keinen Unterricht erteilt, erlebt eine Einbuße an Kompetenz. Obwohl er Unterricht geben könnte. Ich frage mich, wie viele der Synodalen, die über Landesstellenplan oder Stellenstreichungen entscheiden, in einer Pfarrei Knochenarbeit leisten. Ich ahne, wie die Antwort lautet, und ich möchte sie lieber nicht hören. In der katholischen Kirche muß jeder Theologe, auch in hohen Ämtern, irgendwo Priester sein. Das ist eine sehr weise Regelung.

Dann ist da noch die Sache mit der Fürsorge. Die Rechnung, wie viele Pfarrer man in einer Gemeinde wirklich braucht, ist so einfach wie nichtssagend. Seit vielen Jahren klagen Pfarrer darüber, daß sie für das Eigentliche ihres Berufes zu wenig Zeit haben. Denen wird jetzt mitgeteilt: Ihr seid zu Viele. Für das Eigentliche wird sich schon jemand finden. Die Ehrenamtlichen erfahren ungeahnte Aufwertung. Das hätten sie sich nie träumen lassen. Sie werden Hauptdarsteller in einem Alptraum.

Wenn eine Mutter ihr Kind vor dem Kaufhaus stehen läßt und sagt: Ich muß mich um die Sonderangebote kümmern, um zu sparen; nach dem Kind wird schon jemand schauen - dann wird man ihr eine ehrliche Sorge um das Kind nicht unbedingt abkaufen.

Das Primärziel - weniger Geld auszugeben - ist eine ehrenhafte Bemühung. Die sekundäre Botschaft richtet aber ungleich größeren Schaden an. Sie lautet: Wie es euch künftig geht, euch Kirchengemeinden, das wird sich schon irgendwie finden. Wir probieren es einfach mal mit weniger. Wenn das Geschrei zu laut wird, können wir ja wieder jemanden einstellen. Vielleicht ist das Baby Kirchengemeinde dann noch nicht tot. Die sekundäre Botschaft lautet: Wir probieren es einfach mal mit weniger. Für die Christen hört sich das lieblos an. Wie es Euch geht, heißt das, wird sich schon finden. Wenn die Finanzen stimmen, regelt sich Euer Schicksal schon irgendwie. Im schlimmsten Fall regelt ihr euch selbst.

Der Rückzug der Kirche auf einen Status als Dachorganisation über viele fleißige Ehrenamtliche wird so nicht gelingen. Wer das nicht tut, was er entscheidet, strahlt keine Kompetenz aus. Wer die nicht liebt, die ihm anvertraut sind, koste es, was es wolle, der wird das Etikett der Lieblosigkeit tragen. Man

kann nicht mit Anvertrauten so umgehen, daß man sie sich selbst überläßt und sagt: Ihr werdet schon rumkommen. Das tun keine Mütter, und die Mutter Kirche sollte es auch nicht tun. Sorge um Gemeinden ist immer mit viel Personaleinsatz verbunden. Das kann man beklagen, weil es viel kostet, aber anders geht es nicht. Wer es anders versucht, der provoziert Kirchenaustritte in einem Ausmaß, das uns die Ohren klingeln lassen wird Tag und Nacht. Die Menschen wollen nicht, daß es der Kirche gut geht, sondern daß jemand für sie da ist, zuverlässig und persönlich. Nur dem werden sie gern die Treue halten.

Axel Melcher, Pfarrer in Dachau

Alles in Fluß

zu: *Hanns Leiner in Nr. Nr. 5/03*

Eine Grundsatzdebatte über den Religionsunterricht ist notwendig und wichtig – darin stimmen wir mit Hanns Leiner überein. Ansonsten – dies vorab – wundern wir uns über den enorm aggressiven Ton, der uns befremdet und überflüssig ist. Weder geben wir uns »wohlwollend-ironisch« (S. 74), noch haben wir jemanden angefeindet (schon mal was von Projektion gehört?) und mit »Totschlagargumenten« (S. 75; Deine Sprache verrät dich!) niedergemacht. Aber da fühlt sich einer – zum wievielten Male eigentlich? – als selbst stilisierter Hort und Herd der Rechtgläubigkeit in seinen »schlimmsten Befürchtungen bestätigt« (S. 74) – mit Verlaub: Leben wir in Kirchenkampfzeiten? Merke: Eine Hermeneutik des Verdachts und Schlamms ersetzt nicht Argumente!

Was wollen wir mit unserer Entgegnung? »Nur« dies: Nicht »alte Zeiten« einfach verherrlichen, sondern aufzeigen, dass die konzeptionelle Debatte innerhalb der Religionsdidaktik bis heute nicht zum Ende gekommen ist, auch (»rebus sic fluentibus«) nicht zu Ende sein kann, und dass es außer Evangelischer Unterweisung und Thematisch-problemorientiertem Religionsunterricht noch eine Vielzahl anderer, neuerer Konzepte für den Religionsunterricht im 21. Jahrhundert gibt, die ihre Berechtigung haben. Auch mit der problemorientierten Konzeption war die Frage, was Religionsunterricht will bzw. was sein Ziel sein kann, nicht ein für allemal beantwortet. Da die Zeit der großen Einheitskonzeptionen generell vorbei sein dürfte, und Religions-

pädagogik wie Religionsdidaktik die »Zeichen der Zeit« erkennen müssen, ist die Pluralität, die die Gesellschaft im 21. Jahrhundert in allen Bereichen des Lebens prägt, wahr und ernst zu nehmen.

Auf die drei Gegenfragen, die Leiner uns stellt, antworten wir so:

Ad 1. Wir sind sehr wohl der Meinung, dass man zu Zeiten der Evangelischen Unterweisung von einer eher relativ homogen christlich sozialisierten SchülerInnenenschaft ausgehen konnte.

Ad 2. Dies trifft für heutige SchülerInnen im Religionsunterricht sicher so nicht mehr zu. Allein ein Blick in die landeskirchliche Statistik kann zeigen, dass von den insgesamt 401 488 SchülerInnen, die im Schuljahr 2001/2002 am evangelischen Religionsunterricht teilnahmen, 372 102 evangelisch waren und 29 386 (also knapp 7,3%) auf Antrag teilnahmen. Schon dies zeigt, dass die SchülerInnenenschaft heutigen Religionsunterrichts alles andere als gleichartig, weil überwiegend evangelisch, ist. Für die Mannigfaltigkeit der »Zielgruppe« des Religionsunterrichts dürfte daher nicht mehr nur *eine* Konzeption ausreichen.

Ad 3. Hanns Leiner fragt an, was wir als Globalziel des Religionsunterrichts sehen. Welche Frage! Natürlich antworten wir darauf mit dem bis heute gültigen bayerischen Globalziel, nämlich dass »der evangelische Religionsunterricht [...] die Aufgabe [hat], der Kommunikation des Schülers mit dem christlichen Glauben in der gegenwärtigen Welt zu dienen. In diesem Sinne versteht er sich als Dienst der Kirche an der Gesellschaft«. Religionsunterricht ist eben *nicht mehr* Kirche in der Schule!

In dem Zusammenhang möchten wir Hanns Leiner auch widersprechen, wenn er völlig unbekümmert und von heutiger Diskussion unbeleckt die »claritas und perspicuitas der Schrift« (S. 76) behauptet; wir meinen jedenfalls im Rekurs auf heutige BibelwissenschaftlerInnen (kennt Leiner diesen Diskurs?), dass biblische Texte nicht immer klar und eindeutig sind, sondern gerade die Vielfältigkeit der Verständnismöglichkeiten – wie sie häufig in den Texten angelegt ist und zuletzt, wie die Rezeptionsästhetik gezeigt hat, auch an den LeserInnen liegt – die Besonderheit und Einzigartigkeit der biblischen Texte ausmacht. Wenn wir das sagen, behaupten wir nicht, dass Gott und Mensch sich auf gleicher Ebene befänden, wohl aber,

dass die biblischen Texte, die über die Zeiten hinweg gültig sind, sich in die jeweilige Zeit »verheutigen« müssen, um Menschen (und d.h. im Religionsunterricht SchülerInnen) ansprechen zu können. Das meint Hermeneutik.

Die Frage »Wie(weit) [...] die Wahrnehmung der Situation die Botschaft beeinflussen und verändern [darf]?« (S. 75), können wir so beantworten: Wie die neuere Diskussion – etwa in der Rezeptionsästhetik (weiß Leiner darum?) – zeigt, können nicht wir vorab bestimmen, wie Texte verstanden werden *müssen*, sondern nur versuchen, sie im Religionsunterricht so zu unterrichten, dass sie von SchülerInnen verstanden werden *können*. Das »Finden« (S. 75), von dem Leiner hier spricht, lässt sich von uns Religionslehrkräften nicht erzwingen, wohl aber können wir erkennen, dass wir selbst Suchende und »Fragende« sind (vgl. Globalziel). Sieht sich Leiner in diesem Sinne noch als »Fragender« oder weiß er schon alles?

Ferner können und wollen wir – auch wenn Hanns Leiner davon ausgeht – im Religionsunterricht *nicht* Glauben vermitteln! Im Ernst: Wer könnte das, selbst wenn er's möchte? Wir können Glauben »nur« vorstellen, »zeigen« und vielleicht fragmentarisch vorleben. Schlussendlich: Die Identität des Religionsunterrichts im 21. Jahrhundert gibt es nicht an der Pluralität vorbei; und diese Identität ist auch nicht mehr so eindeutig zu begreifen, wie das einst – vermutlich – der Fall war. Die Zeiten ändern sich (das will offensichtlich in manche Köpfe partout nicht hinein) und damit auch der Religionsunterricht. Ein Religionsunterricht, der das Ziel hat, die Kommunikation der SchülerInnen mit dem christlichen Glauben zu fördern (s. obiges Globalziel) ist theologisch wie schulpädagogisch in Ordnung. Dieses Ziel der Kommunikation zu verfolgen, nicht mehr, aber auch nicht weniger, sollte uns im Religionsunterricht wichtig sein.

*Prof. Dr. Dr. Werner H. Ritter,
Dr. Renate Hofmann,
Lehrstuhl für
Evangelische Theologie II,
Religionspädagogik,
Universität Bayreuth.*

Es spricht der Blechdepp

Lange Zeit war ich der Meinung, es seien in unserer Kirche nur Einzelfälle, die sich mit Hilfe obiger Technik aus dem Ansprechverkehr ziehen.

Inzwischen mußte ich feststellen, dass man sehr oft nicht mehr den Seelsorger an der Strippe hat, sondern sich mit einer anonymen Ansagetechnik begnügen muß. Dabei macht man nun die deprimierendsten Erfahrungen. So wird man z.B. wegen Urlaub an ein anderes Pfarramt verwiesen. Dort allerdings erfährt man, dass auch jener Pfarrer in Urlaub ist; man möge sich bitte an den nächsten wenden. Netterweise wurde die Telefonnummer gleich mitgeliefert! Was man mitunter als Gründe für die Nichterreichbarkeit des gewünschten Gesprächspartners gesagt bekommt, spottet bisweilen jeglicher Beschreibung.

Aber – man kann ja doch nach dem Pfeifton sein Anliegen dem Anrufbeantworter anvertrauen! Auf Hoffnung, allerdings!

Ein Beispiel: Ich bitte um eine wichtige Auskunft. 24 Stunden vergehen! Ich rufe erneut an. Mein Gesprächspartner am anderen Ende der Leitung: der Anrufbeantworter!

In manchen Fällen wurde ich auf die offiziellen Bürostunden verwiesen! Ich wollte aber nicht die Sekretärin, sondern den Pfarrer sprechen.

In einem nordwestdeutschen Pfarramt bekam der Anrufer mitgeteilt: »Das Pfarramt ist z.Zt. nicht besetzt! – Wenn Sie das Kirchengeld bezahlen wollen, können Sie's auf nachfolgendem Konto tun!«

Auch ich selber war schon Betroffener: Meine Vertretung vor Jahren für etliche Gemeinden lief an einem Freitag Abend ab. Von da an waren alle wieder im Dienst. Samstagmittag jedoch klingelt das Telefon; ich sei doch der zuständige Vertreter von Pfarrer Sowieso. Auf meinen Hinweis, der zuständige Pfarrer sei wieder daheim, wird mir entgegnet: »Nein! Ich habe soeben dort angerufen und wurde über Anrufbeantworter an Sie verwiesen!«

In dieser Thematik wäre es interessant festzustellen, wieviele Anrufbeantworter nachts in Aktion sind.

Dass solche Vorkommnisse großen Unmut in den Gemeinden entfachen, ist nicht verwunderlich!

Zur Abrundung des Themas noch dies: es gibt offenbar Pfarrer, die haben eine private Telefonnummer, für Freunde

und Bekannte, der Allgemeinheit unbekannt.

Alle diese Tatsachen und Erlebnisse lassen mich fragen: Sind die Pfarrer eigentlich noch für die Gemeinden da oder die Gemeinden für die Pfarrer?

Für einen außergewöhnlichen Fall mag der Anrufbeantworter eine Hilfe darstellen. Ich jedoch bin der festen Meinung: Lieber kein »Zwischenschalten«! Dann weiß der Anrufer: Ich muß es erneut versuchen! Oder er wendet sich in einem dringenden Fall an ein anderes Pfarramt.

Machen wir uns eigentlich klar, dass wir häufiger als wir's ahnen als Seelsorger gebraucht werden, und dass Lebensmüden als letzter Ausweg womöglich nur noch der Strick bleibt?! Wir sind halt nun mal nicht Bürokraten, die für ihre Arbeitsstunden bezahlt werden. Sonst hätten wir Pfortner werden sollen.

Ein Beispiel aus meiner Praxis: Es ist nachts 2.00 Uhr. Das Telefon schrillt. Am anderen Ende die Telefonseelsorge Würzburg. Man teilt mir mit, dass an einer mit näher beschriebenen Telefonzelle ein junger Mann stehe, der sich das Leben nehmen wolle. Ich möge mich schnellstens um ihn kümmern. Man habe ihn gebeten, nach 10 Minuten nochmal in Würzburg anzurufen. Der »kirchliche Anrufbeantworter in Aktion« hätte für den jungen Menschen den sicheren Tod bedeutet, also eine Todesfalle für Lebensmüde!

Meine Ausführungen wollen nachdenklich machen. Vielleicht zieht der eine oder andere Leser daraus Konsequenzen, zum Segen der uns Anvertrauten!

*Friedhelm von Czettritz und Neuhaus,
Pfarrer i.R., Bad Brückenau*

Wenn er doch nicht so römisch wäre!

Fast durch Zufall sind wir in die Übertragung der Ostermesse vom Petersplatz in Rom geraten. Da war zu sehen: Ein alter, gebrechlicher Mann, der stets einen schlanken, hochgewachsenen Priester an seiner linken Seite neben sich hat, der für ganz Vieles sorgen muss: Dass sich das Mikrofon in der richtigen Position befindet, dass die Bücher so gehalten werden, dass der alte Mann sie auch lesen kann, der die Zettel hinlegt und weglegt.

Da war zu sehen: eine große Menschenmenge auf einem riesigen Platz in guter Stimmung, auch wenn zwischendurch Tausende von Regenschirmen aufgespannt werden; wie manche Fah-

nen schwenken und ihre Nationalität anzeigen (auch eine bayerische war zu sehen); wie Kardinäle bunt und schön auf ihren Plätzen sitzen, sich erheben, sich wieder setzen und gelegentlich ein paar Worte an den Nachbarn richten. Es roch so ein bisschen nach Kirchentag.

Da war zu sehen: eine bis ins Kleinste ausgefeilte Choreografie. Wie die verschiedenen, schön gewandeten Priester gemessenen Schrittes hin und her wandeln, wie sie Bücher halten, Weihrauch schwenken oder Gäste zu ihrem Platz geleiten. Das alles ohne Hast und Aufregung und die einzigen, die unbeweglich stehen, sind die Schweizergardisten.

Da war zu sehen, wie sich eine Weltkirche zugleich versammelt und darstellt. Ökumene bleibt bei uns sehr im Dialog der Oberen und Gelehrten stecken. Hier war etwas zu sehen von Gottes Volk in allen Völkern. Natürlich: Die Verteilung der Hostien in dieser Menge, na ja.

Aber dann: Wie sie den alten Mann im Rollstuhl auf den Balkon geschafft haben, das wurde nicht gezeigt, wäre auch nicht nötig gewesen. Aber dann: Den Segen urbi et orbi. Und der alte Mann lässt es sich nicht nehmen, seine Sprachbegabung voll auszuspielen. Wir haben nicht gezählt, aber es waren unzählige Sprachen, in denen er – manchmal nur schwer zu verstehen – die Menschen grüßte und segnete. Und die Gegrüßten applaudierten, schwenkten ihre Fahnen und wenn es auch nur ganz wenige waren. Und dann, tatsächlich, hat er alte Papst in den Segen und das Grüßen der Deutschen schmunzelnd auch das »Helau!« eingefügt. Brausender Beifall! Humor hat er also auch, der alte Papst.

Natürlich stört den Protestanten die Anrufung der Maria, das Festhalten an der alten eucharistischen Frömmigkeit und Lehre und dies und das.

Aber was er sieht, was sich da darstellt, das macht ihm schon Eindruck, macht ihn auch ein bisschen neidisch und zugleich – auch ein bisschen hoffnungsvoll.

Und dann wieder: Wenn es nicht so sehr römisch-katholisch wäre. Aber: Vielleicht ist so etwas auch ein Gabe des Geistes, eine besondere, nicht nachzuhahmende. An dieser Gabe kann sich auch ein Protestant freuen. Vielleicht sogar mit Halleluja und Helau.

*Gerhard Wagner, Pfarrer i.R.
Burghaslach*

Pfarrer auf dem Aldi-Dienstoffahrrad
 Liebe LandesstellenplanerInnen, große Freude und Applaus im Ebersberger KV! Die Mail machte die Runde, der Landesstellenplan sehe für Ebersberg statt der bisher 2,0 nun 2,5 Planstellen vor. Nach Einsparung der Messnerin, der FSJ-Stelle und eines Zivildienstleistenden endlich eine gute Nachricht für die Gemeinde und nicht zuletzt für die beiden Pfarrfamilien. Aus der Freude wurde eine Lachnummer. Frühestens zum 1.1.2006, spätestens bis 31.12.2008 solle der Plan umgesetzt werden. 2008! Einer orakelte, bis dahin

sei ohnehin nur ein einziger Reisepfarrer für den ganzen Landkreis bezahlbar. Der Vorschlag wurde gemacht, Rücklagen für ein Aldi-Dienstoffahrrad zu bilden und die Talar-Satteltaschen schon jetzt zu kaufen, solange noch Geld da sei. Oder ist der Plan so gemeint: 2,0 jetzt und 0,5 später, macht zusammen 2,5? Mit unseren 2,5 Planstellen haben wir hier gut Lachen. Wahrscheinlich wird es uns im Halse stecken bleiben; noch vor dem 31.12.2008, s.c.i (sub conditione jacobi).

*Ihr Wolfgang Ludwig,
 Pfarrer in Ebersberg*

Liebe Leserin, lieber Leser!

Der ökumenische Kirchentag hat das Abendmahl wieder zu einem öffentlichen Thema werden lassen. Das ist gut – schließlich ist es ein wichtiges und gerade bei Evangelischen lange vergessenes Thema. Es ist problematisch: Auch bei diesem Thema ist das öffentliche Grundgefühl wohl eher »Worüber die Kirchen so alles streiten!« Die theologischen Erklärungen verstärken eher die öffentliche Ratlosigkeit.

Die Praxis ist über diese Unterscheidungen oft genug hinweggegangen: auch die katholischen Familienmitglieder gehen (bei uns) bei der Konfirmation zum Abendmahl; die konfessionsgemischten Ehen haben ihren Modus vivendi abseits theologischer Sätze gefunden. Traurig ist, dass die Gemeinschaft beim Abendmahl oft aus Gleichgültigkeit entsteht und die Engagierten am meisten unter den Trennung leiden. Das gilt auch für konfessionsgemischte Ehen: Je wichtiger das Thema Glaube und Kirche ist, umso mehr leiden sie an den unüberbrückten Differenzen. Am deutlichsten fühlen sich die ausgeschlossen, die es am wenigsten »nötig« hätten.

Über die Amtsfrage werden sich die Kirchen wohl noch länger nicht einigen. Die Enzyklika ist wenigstens kein Schritt zurück hinter die offizielle Linie (wohl aber hinter die im ökumenischen Diskurs erreichten Klärungen – aber die ökumenischen TheologInnen sind in den Kirchen nicht die Maßgebenden...). Was wir tun könnten: Ich denke, wir sollten uns auf »Standards« unseres Abendmahles verständigen, um in der Sakramentsfrömmigkeit aufgewachsenen Christen nicht Anstoß zu geben. Ein Abendmahl mit Chips und Cola, das ein Kollege in ei-

nem Leserbrief an die FAZ beklagte, habe ich weder in Hessen noch bei uns erlebt (sollten wir Extremfälle öffentlich machen?!), immerhin aber auch schon mit Schwarzbrot.

Was gehört zu einem Abendmahl unbedingt dazu und wie weit kann man Menschen entgegenkommen, die Probleme mit dem Genuß von »Leib und Blut« haben? Welche liturgischen Elemente sind unabdingbar und in welcher (Sprach-) Form? Hier regelt die Schrift nicht alles, auch bei uns geht es um Tradition(en). Für die Abendmahlsagende gilt, was wir vom Gottesdienst nach G 1 auch sagen: Dass sie am ehesten »gefüllt« ist für Menschen, die sie regelmäßig mit feiern bzw. die in solche Ordnungen hineingewachsen sind. Es kommen aber auch die anderen!

Dem »Geheimnis des Glaubens« nachspüren erfordert Zeit und Liebe. Ablehnung von theologischem Nachdenken ist nicht schon Frömmigkeit (»Spiritualität« sagt man heute) – aber vielleicht sollten wir die theologischen Überlegungen zur Trans- oder Konsubstanziation einmal neu zu formulieren versuchen? Sind Anamnese und Epiklese unverzichtbare Bestandteile des Abendmahls? Ist die Formulierung der Spendeworte bei der Austeilung eine Glaubensfrage? Wie wichtig ist es uns Evangelischen zu katholischen (allgemeinen!) Kirche zu gehören? Wie sieht es mit der »Tischkultur« aus? Zu oft werden mir örtliche Traditionen zu Grund-Sätzen erhoben, zu oft einzelne (?) Mißbräuche als Anlaß für grundsätzliche Kritik genommen – zum Schaden aller.

Ihr

Martin Ost

Ankündigungen



Arbeitsstelle für gewaltfreie Konfliktbearbeitung

Fortbildung zur Bearbeitung von innergesellschaftlichen Konflikten

(Grundqualifikation für MultiplikatorInnen)

7. 10.2003 bis Juli 2005

Die Absolventen dieses Kurses verfügen über Methoden und Erfahrungswissen, in Konflikten Alternativen zur Gewalt aufzuzeigen und aufzubauen und tragen so zu einer wesentlichen Veränderung der Konfliktsituation und zu einer gewaltfreien Konfliktbearbeitung bei.

Diese Fortbildung wendet sich an Ehrenamtliche und Hauptamtliche im kirchlichen und sozialen Bereich.

Der Kurs umfasst 9 Fortbildungsböcke mit zusammen 31 Fortbildungstagen.

Gewaltfreie Konfliktbearbeitung

(Berufsbegleitender Grundkurs)

24. 10. 2003 bis 24. 2. 2004

Diese Fortbildung für haupt-, neben- und ehrenamtliche Mitarbeitende der ELKB dient der Stärkung der eigenen Konfliktlösungskompetenz. Sie vermittelt Ideen, Ermutigung und Fertigkeiten, in gewalthaltigen Situationen, in eskalierenden Konflikten, in fruchtlosen Streitigkeiten handlungsfähig zu bleiben und sie gewaltfrei beeinflussen zu können.

Der Kurs umfasst 15 Fortbildungstage in 5 Fortbildungsböcken.

Auskunft und Anmeldung: Arbeitsstelle für gewaltfreie Konfliktbearbeitung in der Evang.-Luth. Kirche in Bayern, Gudrunstraße 33, 90459 Nürnberg, Tel. 09 11 / 4 30 42 38, Fax: 09 11 / 4 30 43 03, e-mail: gkb@ejb.de

KSA

Du stellst meine Füße auf weiten Raum

KSA Kurzkurs

30.6. - 04.07.2003

Ort: Vogelsburg b.Würzburg

Ja-Sagen und Nein-Sagen als Chance für Seelsorge und andere Gemeindegarbeit.

Mit Frische Wege finden, im Spannungsfeld

zwischen eigenen Wünschen und den Erwartungen anderer.

Leitung: Pfr. Heinrich Spittler, Tel. 09 31 / 20 15 35 72 Spittler_H@klinik.uni-wuerzburg.de; und Pfrin. Irmgard Wolf-Erdt, Tel. 08 81 / 6 26 56 Wolf-Erdt@gmx.de;

Anmeldung: Bearbeitung in der Reihenfolge des Eingangs.

Team für Pfarrfrauenarbeit

■ Wasser – Lebenselixier und Heilkraft der Seele

Dem Ursprung auf den Grund gehen – Quellen entdecken – Erfrischendes erleben – Heilendes erfahren

18.7., 18.00 Uhr bis 19.7., 19.00 Uhr

Ort: Tagungs- und Gästehaus des FrauenWerks Stein e.V.

Die Tagung wendet sich besonders an erwerbstätige Frauen von Pfarrern.

Leitung: Adelheid Luthardt, Christa Kurz

Kosten: 60 Euro

Anmeldung bis 7.7. an: Team für Pfarrfrauenarbeit, Deutenbacher Str. 1, 90 547 Stein, Tel.: 09 11 / 68 06 177, e-Mail: f@frauenwerkstein.de

FrauenWerk Stein

■ Dich loben wir, Freundin der Freude...

Grundlagen und Anregungen zu Frauengottesdiensten/ Frauenliturgien
14. Juli 2003

Ort: Tagungs- und Gästehaus Stein

Frauengottesdienste als besonders bewegte, intensive Gottesdienstformen haben Eingang gefunden in das Gottesdienstprogramm. In manchen Gemeinden sind sie monatliche Angebote oder sie runden Dekanatsfrauentage feierlich ab. Einige Frauen feiern Frauenliturgien in ihren Freundinnengruppen.

Was sind die Grundlagen und besonderen Elemente dieser Gottesdienstfeiern? - Welche Gotteserfahrungen stehen im Mittelpunkt? - Welche symbolischen und rituellen Ausdrucksformen werden gestaltet? - Wie kann „private Liturgie“ in den öffentlichen Raum wirken? - Wie wird der agendarische Gottesdienst davon inspiriert? - Der Studientag will allen interessierten Frauen und Männern ein Forum bieten, Grundlagen von Frauengottesdiensten kennen zu lernen, einzelne Elemente zu erfahren und Umsetzungsmöglichkeiten zu reflektieren. Kooperationsveranstaltung mit dem Gottesdienstinstitut der ELKiB

Leitung: Hildegard Bergdolt, Referentin für Frauenarbeit, Andrea Felsenstein – Rossberg, Dipl. Soz.-Pädagogin (FH), Bibliodramaleiterin, Gottesdienstinstitut

Anmeldung: Fachstelle für Frauenarbeit der Evang.-Luth. Kirche in Bayern, im FrauenWerk Stein e.V., Deutenbacher Str. 1, 90547 Stein, Telefon: 0911/6806-142, Fax: 0911/6806-177, e-mail: kurse@frauenwerk-stein.de

Josefstal

■ Rechtsextremismus und Gewaltakzeptanz in der Bundesrepublik

Geschichtliche Entwicklung, Stand der Forschung, pädagogische Ansätze

13.10. ab 15.00 Uhr - 15.10.2003, 13.00 Uhr

Ort: Studienzentrum Josefstal

Während in ganz Europa Wahlerfolge rechtsextremer Parteien die Demokratien erschüttern, scheint in Deutschland der organisierte Rechtsextremismus fest in der Hand des Verfassungsschutz. Das gescheiterte Verbotverfahren gegen die NPD läßt dies vermuten. Dabei hat die Hydra der Inhumanität viele Gesichter – Gewalt in den Familien, am Schulhof, im Straßenverkehr, alltäglicher Rassismus in der Sprache und am Stammtisch, bedenkliche Aktionen und Aussagen demokratischer Politiker, die damit auf Stimmenfang gehen ...

Gewalt ist allgegenwärtig und sie geht alle an. Besonders die Jugendarbeit darf nicht nachlassen, sie als Anfrage zu verstehen und sich dieser zu stellen.

Die Fachtagung lädt Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der Jugendarbeit ein,

o Bilanz zu ziehen bezüglich der Erklärungsansätze für Rechtsextremismus und Gewaltakzeptanz in der Geschichte der Bundesrepublik und konzeptionelle Folgerungen für unsere Zielgruppe zu ziehen

o die Erkenntnisse der Rechtsextremismus- und der Sozialisationsforschung aufzunehmen mit dem Ziel, nach möglichen Beiträgen der Jugendarbeit zu forschen

o sich Formen struktureller Gewalt zu stellen, die häufig den Hintergrund für die Akzeptanz von rechtsextremistischen Identitätsangeboten und Gewalt bilden

o Konsequenzen für die pädagogische Praxis zu ziehen

Die bundesdeutsche Fachtagung will im Dialog zwischen Theorie und Praxis dazu beitragen, die eigenen Konzepte zu überprüfen und das berufliche Handeln weiterzuqualifizieren.

Leitung: Rainer Brandt, Studienleiter, Winfried Pletzer, Dipl. Soz.Päd., BJR, Entimon/Bayern, Hans Schlicht, Dipl. Soz.Päd., Amt für Jugendarbeit

Referenten: Prof. Dr. Benno Hafener, Philipps-Uni Marburg, Schwerpunkte: Jugendforschung, außerschulische Jugendbildung; hier war er mehrere Jahre hauptberuflich tätig, Prof. Dr. Kurt Möller, Privatdozent an der Universität Bielefeld mit Arbeitsschwerpunkt Jugend-, Rechtsextremismus- und Gewaltforschung, Peter Wahl, Gesellschaftswissenschaftler, Mitarbeiter von WEED (Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung), Mitglied des Koordinierungskreises von ATTAC Deutschland

TeilnehmerInnen: Hauptberufliche Mitarbeiterinnen in der Jugend-, und Bildungsarbeit

Anmeldung: spätestens bis zum 12. September 2003 an das Studienzentrum Josefstal mit Überweisung der Anmeldegebühr von EUR 25,- (wird mit Kurskosten verrechnet, bei Rücktritt nach Anmeldeschluß jedoch einbehalten). Konto-Nr. 161 992, BLZ 711 525 70 Kreissparkasse Miesbach-Tegernsee

Kosten: EUR 112,- incl. Vollpension EZ m. Dusche/WC, EUR 104,- incl. Vollpension EZ, EUR 92,- incl. Vollpension DZ

Zuschüsse sind bei jeweiligen Arbeitgebern zu beantragen. Info - Telefon: 0 80 26 - 97 56 24 (Frau Hirsch, vormittags)

KDA

■ Ich bin der Chef/die Chefin

Fortbildung für Gemeindepfarrerinnen und -pfarrer (aus FEA) mit Aufgaben als Dienstgeberinnen und Dienstgeber
14.-16.10.2003

Ort: FrauenWerk Stein

Dieser Kurs vermittelt Kenntnisse in Arbeits- und Dienstrecht, gibt praktische Hilfen für den dienstrechtlichen Umgang mit Angestellten in der Kirchengemeinde und mit der Mitarbeitervertretung und bietet Hilfestellung zur Bewältigung möglicher Konflikte an.

Kursleitung: Hanna Kaltenhäuser, sozialwissenschaftliche Referentin im KDA; Klaus Wunderlich, Sozialpfarrer im KDA.

Kosten: 160,- Euro (Einzelzimmer)

Anmeldungen bis 25. 07.03 an: Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt (KDA), Gudrunstraße 33, 90459 Nürnberg, Telefon: 09 11 / 43 04 - 221; FAX: 09 11 / 43 04 - 230;

E-Mail: kaltenhaeuser@kda-bay.de

FrauenWerk Stein

Die »Steiner Fortbildungsprogramme für Gruppen-, Familien- und Organisationsdynamik« bieten im 2. Halbjahr 2003 folgende Kurse an:

■ Der Gruppe Raum geben I

Gruppenanalytischer Praxistag

19.-20.09.

Barbara Hauck, Friederike Bracht

■ Die Leitungsperson im Veränderungsprozess

Coachingtage für Leitende

30.09. - 02.10.

Rüdiger Haar, Friederike Bracht

■ Gewalt in Familien – wahrnehmen, handeln, vorbeugen

Gewaltprävention als Thema in der Arbeit mit Familien

09.-13.10.

Richard Strodel, Hanne Höfig

■ Kollegiale Beratung – Einführung in die Methode

16.-17.10.

Friederike Bracht, Hanne Höfig

■ Moderieren mit Methode und innerer Haltung

22.-25.10.

Hanne Höfig Charlotte Jäger

■ Schneller, mehr, komplexer?

Leben in und mit Veränderungsprozessen

29.10.-1.11.

Dietlind Köhncke, Friederike Bracht

■ Organisationen entwickeln – Veränderungen gestalten

Dem Wandel in sozialen Organisationen als Herausforderung begegnen

06.-10.11.

Jäger Charlotte, Hanne Höfig

Freud & Leid

aus unseren Pfarrhäusern

Geboren:

Fiona Corinna Oßwald, 4. Kind von Heike Birgit geb. Weirauch und Gerhard Helmut Oßwald, am 29.3. in Lindenberg i. Allgäu (Stiefenhofen)

Christian Granzin, 4. Kind von Ágnes Jolán geb. Varga und Michael Granzin, am 24.4. in Gunzenhausen (Unterschwaningen)

Gestorben sind:

Klaus Eberhard Uhrlau, 74 Jahre, zuletzt in Burgbernheim, am 24.3. in Frensdorf (Witwe: Hannegret)

Annerose Nicol geb. Erhard, Witwe von Hermann Nicol, 72 Jahre, am 1.4. in Weißenburg

Richard Kolb, 88 Jahre, zuletzt Geschäftsführer des EPV, am 7.4. in Aschau (Witwe: Edith)

Ruth Haller geb. Hahn, 89 Jahre, am 15.4. in Rednitzhembach (Witwer: Heinrich)

Reinhard Brenner, 86 Jahre, zuletzt in Nittenau, am 2.5. in Rain (Witwe: Ingeborg)

Dr. Friedrich Steinbauer, 69 Jahre, zuletzt Seminarlehrer, am 4.5. in Aukenberg-Falkenstein (Witwe: Annemarie)

Steffens

Letzte Meldung

»Werner Lauterbach, der Landesgeschäftsführer des evangelischen Männerwerks beim Amt für Geheimdienst in Nürnberg sprach ... zum Thema »Umwege sind keine Sackgassen.«

aus: *Fränkischer Tag*

■ Der Gruppe Raum geben II

Gruppenanalytischer Theorietag
19.-20.11.

Barbara Hauck, Friederike Bracht

■ Personalwechsel gestalten

Coachingtage für Leitende
02.-04.12.

Christiane Seewald, Friederike Bracht

■ Noch nicht alt und nicht mehr jung

Lebensmitte als Thema und Herausforderung in der Erwachsenen- und Familienbildung
04.-08.12.

Waldemar Pisarski, Barbara Hauck

Vorankündigung:

■ Organisationsdynamik und Persönlichkeit – Arbeitsaufgabe und Organisationsprozess

23. – 30. 1. 2004

Anmeldung ist bereits jetzt möglich!
Friederike Bracht, Barbara Hauck

Veranstalter: Steiner Fortbildungsprogramme für Familien-, Gruppen- und Organisationsdynamik, FrauenWerk Stein e. V., Deutenbacher Str. 1, 90574 Stein, Nähere Informationen erhalten Sie gerne bei Frau Ringer, Tel. 09 11 / 68 06-142 (8.00 – 12.00 Uhr) oder über kurse@frauenwerk-stein.de

Impressum

Schriftleitung: Martin Ost, Kirchplatz 3, 97348 Markt Einersheim, Tel. 0 93 26/9 99 80, Fax 9 99 82, eMail: Martin.Ost@t-online.de in Gemeinschaft mit Karin Deter (Nürnberg), Rosemarie Leipolz (Erlangen), Bernd Seufert (Nürnberg).
Erscheint 11 mal im Jahr (außer September) jeweils zum Monatsanfang.
Den Text finden Sie auch auf der Internetseite www.pfarrverein-bayern.de
Redaktionsschluß ist der 15. des Vormonats.

Anzeigen und Druck: Freimund-Druckerei Neuendettelsau, Ringstr. 15, 91 564 Neuendettelsau, Tel. 0 98 74 / 6 89 39-0, Telefax -99.
Bezug: Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 4,60 Euro einschließlich Postzustellgebühr. Bestellung über den Pfarrer- und Pfarrerinnenverein in Bayern. Änderungen der ständigen Anschrift (bei Wechsel der Wohnung) – auch von Mitgliedern des Pfarrer- und Pfarrerinnenvereins – sind zu richten an den **Herausgeber:** Pfarrer/innenverein in der Evang.-Luth. Kirche in Bayern e.V., Pfarrer Klaus Weber, Rinnig 8, 96 264 Altenkunstadt, Telefon 0 95 72/79 05 00, Fax 79 05 01, e-Mail: info@pfarrverein.de